



Protokoll des Einwohnerrats

XIII. Legislaturperiode 2020–2024

28. Sitzung vom 4. Dezember 2023

Ort: Kronenmattsaal

Dauer: 19.00 – 21.36 Uhr

Leitung: Roman Oberli (Präsident)

Anwesend: 34 Mitglieder

Entschuldigt: Rahel Amacker, Richard Bräunlich, Peter Frauchiger, Sirin Hauri, Luzia Sutter
Rehmann (ein Sitz ist aktuell vakant)

Jonathan Noack anwesend ab 19.05 Uhr

Konrad Widmer anwesend bis 20.40 Uhr

Präsident:

Roman Oberli

Protokoll:

Linda Gerstner

Begrüssung

Einwohnerratspräsident Roman Oberli, SVP heisst die Anwesenden herzlich willkommen zur heutigen, letzten Sitzung des Einwohnerrats im aktuellen Jahr. Er begrüsst speziell die Gäste, die heute zahlreich erschienen sind. Ebenfalls möchte er die Vertretung der Medien begrüssen und die Mitarbeitenden der Verwaltung Linda Gerstner, die das Protokoll erstellt und die Abstimmungsanlage bedient, Verwaltungsleiter Christian Häfelfinger und Stephan Leu, Ressortleiter Finanzen. Natürlich heisst er auch alle Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte willkommen und den Gemeinderat mit der Gemeindepräsidentin ad interim. Speziell begrüsst der Präsident die neuen Ratsmitglieder Charlotte Marti, Aline Glaser, Brigitte Schori und Leon Behrends. Er wünscht ihnen viel Spass und gutes Gelingen im parlamentarischen Betrieb und fügt an, dass es heute, und dies sei nach den letzten Sitzungen doch erfreulich, keine Rücktritte zu vermelden gebe.

Präsenz

Für die Sitzung entschuldigt sind Peter Frauchiger, FDP, Sirin Hauri, Grüne/EVP, Rahel Amacker, Mitte/GLP, Luzia Sutter Rehmann, Grüne/EVP und Richard Bräunlich, SP. Ausserdem gibt es einen vakanten Sitz seitens der SVP-Fraktion. Da Jonathan Noack, SP, noch nicht anwesend ist, sind es aktuell 33 Ratsmitglieder. Das absolute Mehr liegt bei 17 und das Zweidrittelmehr bei 22.

Mitteilungen des Präsidenten

- Vom 10. bis 19. November 2023 fand die arte Binningen statt, ein Kulturanlass, der mittlerweile in der Region verankert ist.
- Wie sich die Anwesenden vielleicht erinnern mögen, war an der letzten Einwohnerratssitzung Anja Weyeneth, Einwohnerratspräsidentin von Liestal, zu Gast. Der Präsident hat im Rahmen dieses parlamentarischen Austauschs am 22. November 2023 die Einwohnerratssitzung in Liestal besucht. Er konnte mitnehmen, dass die Parlamentsbetriebe nicht so unterschiedlich und die Debatten des Ober- und Unterbaselbiets manchmal gar nicht so verschieden sind.
- Letztes Wochenende fand zudem der Binninger Weihnachtsmarkt statt.

Bevor er zur Traktandenliste kommt, möchte der Präsident wie üblich eine Probeabstimmung durchführen. Alle Geräte funktionieren ordnungsgemäss.

Neue Vorstösse

Nr. 183, Dringliche Interpellation GRPK: Behandlung von Kommissionsaufträgen

Nr. 184, Interpellation R. Büchelin, SP: Nutzung Sportplatz Spiegelfeld

Nr. 185, Anfrage Chr. Schmid, SVP: kantonale Aufnahmequote von Asylsuchenden und Flüchtlingen

Der Präsident fragt die Urheber, ob sie ihre Vorstösse begründen möchten. Das ist nicht der Fall.

Dringlichkeit Interpellation GRPK: Behandlung von Kommissionsaufträgen

Einwohnerratspräsident Roman Oberli, SVP erklärt, über die Dringlichkeit der Interpellation der GRPK müsse befunden werden. Dafür braucht es eine Zweidrittelmehrheit. Diese liegt bei 22 Stimmen.

ABSTIMMUNG

Dringlichkeit: 31 JA / 2 Enthaltungen (Abstimmung 02, vgl. Anhang)

BESCHLUSS

://: Die dringliche Behandlung der Interpellation der GRPK: «Behandlung von Kommissionsaufträgen» wird beschlossen.

Der Präsident teilt mit, dass die Interpellation damit auf die Traktandenliste komme. Sie wird am Schluss der Sitzung behandelt. Zudem informiert er darüber, dass inzwischen 34 Ratsmitglieder anwesend sind. Damit liegt das Zweidrittelmehr bei 23 Stimmen, sofern dies noch relevant werden würde.

Traktandenliste

Präsident Roman Oberli, SVP äussert, im Büro sei eine Änderung der Traktandenliste beantragt worden. Dabei geht es um Ersatzwahlen in die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission (GRPK) und in die Bau- und Planungskommission (BPK). Er schlägt vor, das zusätzliche Traktandum gleich nach Traktandum 2, der Ersatzwahl des Wahlbüro-Mitglieds, vorzusehen.

ABSTIMMUNG

Änderung der Traktandenliste: Einstimmig JA (Abstimmung 03)

://: Die Traktandenliste wird um folgendes Traktandum ergänzt:

- Traktandum 3: Ersatzwahlen Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission (GRPK) und Bau- und Planungskommission (BPK)
-

	Gesch. Nr.
1. Genehmigung des Protokolls vom 6. November 2023	
2. Ersatzwahl eines Mitglieds des Wahlbüros für die restliche Amtsperiode bis 30. Juni 2024	182
3. Ersatzwahlen Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission (GRPK) und Bau- und Planungskommission (BPK) für die restliche Amtsperiode bis 30. Juni 2024	186
4. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 05.09.2023 Budgetbericht 2024, Leistungsaufträge 2024, Finanzplan 2025-2028 Geschäftskreisführung: Eva-Maria Bonetti Bericht der GRPK zum Budget 2024	178 178A
5. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 14.11.2023 Interfraktionelles Postulat: Unabhängiges Gutachten zur Verkehrssituation Blumenstrasse ist dringend Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	51
6. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 14.11.2023 Postulat B. Strondl, SP: Neue Quartiertreffpunkte in Binningen Geschäftskreisführung: Philippe Meerwein	173

- | | | |
|----|--|------------|
| 7. | Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 14.11.2023
Interpellation D. Zimmermann, FDP: Hängige parlamentarische Vorstösse
Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi | 176 |
| 8. | Dringliche Interpellation GRPK: Behandlung von Kommissionsaufträgen
Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi | 183 |
| 9. | Diversa | |

Traktandum 1

Genehmigung des Protokolls vom 6. November 2023

Einwohnerratspräsident Roman Oberli, SVP teilt mit, im Büro seien keine Änderungen beantragt worden. Gibt es Änderungswünsche aus dem Rat? Das ist nicht der Fall.

BESCHLUSS

://: Das Protokoll wird genehmigt.

Traktandum 2

Gesch. Nr. 182

Ersatzwahl eines Mitglieds des Wahlbüros

Daniel Setz, FDP erläutert, nach dem Rücktritt von Carole Inäbnit als Mitglied des Wahlbüros schlage die FDP Lennart Leuthardt vor. Er war bisher Stimmzähler im Wahlbüro.

Präsident Roman Oberli, SVP informiert, dass bei dieser Ersatzwahl eine Stille Wahl möglich sei. Gibt es weitere Wahlvorschläge? Das ist nicht der Fall.

STILLE WAHL

BESCHLUSS

://: Für die restliche Amtsperiode wird Lennart Leuthardt, FDP, als neues Mitglied ins Wahlbüro gewählt.

Traktandum 3

Gesch. Nr. 186

Ersatzwahlen Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission (GRPK) und Bau- und Planungskommission (BPK)

Daniel Setz, FDP schlägt namens seiner Fraktion vor, nach dem Rücktritt von Daniel Zimmermann Brigitte Schori als ordentliches Mitglied in die GRPK zu wählen. Leon Behrends wird als Ersatz für Carole Inäbnit als stellvertretendes Mitglied nominiert.

Präsident Roman Oberli, SVP fragt nach weiteren Wahlvorschlägen. Es gibt keine Wortmeldungen.

STILLE WAHL

BESCHLUSS

://: 1. Für die restliche Amtsperiode wird Brigitte Schori, FDP, als neues Mitglied in die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission gewählt.

://: 2. Für die restliche Amtsperiode wird Leon Behrends, FDP, als stellvertretendes Mitglied in die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission gewählt.

Daniel Setz, FDP teilt mit, die FDP nominiere als ordentliche Mitglieder der BPK Kevin Lancashire und Evelyne Treuthardt.

Präsident Roman Oberli, SVP fragt auch hier, ob es weitere Wahlvorschläge gibt. Das ist nicht der Fall.

STILLE WAHL

BESCHLUSS

://: 3. Für die restliche Amtsperiode werden Kevin Lancashire und Evelyne Treuthardt, beide FDP, als neue Mitglieder in die Bau- und Planungskommission gewählt.

Traktandum 4

Gesch. Nr. 178/178A

**Budgetbericht 2024, Leistungsaufträge 2024, Finanzplan 2025-2028
Bericht der GRPK zum Budget 2024**

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GRPK-Präsident Christoph Daniel Maier, FDP darf den Budgetbericht der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission (GRPK) im Rat vorstellen. Die Anwesenden haben den Bericht gesehen und konnten ihn lesen. Er wird sich in seinem Votum daher auf ein paar Besonderheiten konzentrieren. Die GRPK hat in ihrer Prüfung festgestellt, dass das Budget 2024 für die Gemeinde Binningen tragbar ist. Das ist nicht verwunderlich, wenn man sieht, dass die Gemeinde Bilanzüberschuss und finanzpolitische Reserve, also im Grund genommen freie Mittel, von 52,2 Mio. Franken zur Verfügung hat. Diese Mittel könnte sie zur Abdeckung eines solchen Defizits, wie es in diesem Budget prognostiziert wird, verwenden. Das Defizit ist nicht so, wie es der Gemeinderat dargestellt hat. Der Gemeinderat rechnet, ohne dies in seinem Bericht näher zu erläutern, mit 1,5 Mio. Franken mehr an Einnahmen als er dies mit der üblichen Budgetierungsmethode in den vergangenen Jahren gemacht hat. Die Kommission beantragt, dass man diese 1,5 Mio. Franken wieder aus der Prognose streicht. In Bezug auf die Budgetierung spielt es allerdings keine Rolle. Das Budget ist eine Berechtigung, die der Einwohnerrat dem Gemeinderat gibt, gewisse, genau bezeichnete Ausgaben in den verschiedenen Produktgruppen zu tätigen. Genau so viel, wie es der Gemeinderat beantragt hat oder dort, wo der Rat korrigierend eingegriffen hat, eben etwas weniger. Die GRPK hat bei ihrer Prüfung des Investitionsbudgets festgestellt, dass ein Posten nicht im Jahr 2024 realisiert werden soll. Das betrifft die Sportzone «Untere zwanzig Jucharten». Diese halbe Million Franken hat die Kommission wieder aus dem Investitionsbudget gestrichen, da sie im nächsten Jahr noch gar nicht zum Tragen kommt. Entsprechend reduziert sich das Investitionsbudget um diesen Betrag.

Neben dem Budget des Jahres 2024 legt der Gemeinderat jeweils eine Planrechnung für die nächsten fünf Jahre vor. Die GRPK äussert sich auch zu den Aussichten und der Tragbarkeit dieser weiteren Aussichten. Sie hat festgestellt, dass in Bezug auf die weiteren Jahre die Tragbarkeit heute noch nicht gegeben ist. In den Planjahren zeichnet sich bereits heute ab, dass sich der langfristig nachhaltige und ausgeglichene Haushalt nicht realisieren lässt. Die Gemeinde wird nach den jetzigen Prognosen bereits im Jahr 2025 die bestehende Schuldenbremse nicht mehr einhalten können. Entsprechend ist bei dieser

Ausgabenentwicklung die Tragbarkeit in Bezug auf die Finanzplanjahre noch nicht gegeben. Hier müsste der Gemeinderat allenfalls noch darlegen, wie er diese Tragbarkeit in der Zukunft erreichen möchte. Gerade in Bezug auf die negativen Aussichten, möchte die Kommission am bisherigen Steuerfuss festhalten. Sie schlägt vor, dass am Steuerfuss von 49 Prozent auch für das nächste Jahr festgehalten wird. Der Votant wird zur Steuerfussdiskussion später noch ein paar persönliche Bemerkungen äussern.

Die GRPK hat sich auch mit den Direktbeschlüssen befasst. Sie hat diese geprüft und konnte schlussendlich feststellen, dass die Direktbeschlüsse in Ordnung sind. Daher beantragt sie dem Einwohnerrat, die Direktbeschlüsse direkt zu bestätigen. Die Kommission nimmt anlässlich des Budgets bzw. auch bei der Rechnung ihre weitere Aufgabe der Geschäftsprüfung wahr und hat zu verschiedenen Themen Untersuchungen angestellt. Sie hat sich mit dem Honoraraufwand, dem Aufwand für die KESB und dem Aufwand im Bereich Asyl beschäftigt. Im Bereich Asyl hat die GRPK u.a. die Feststellung gemacht, dass für die Gemeinde dort grössere Kosten entstehen, was zu einem Aufwandüberschuss von 500 000 Franken führt. Dies ist anders als bei den anderen Ausgaben im Bereich Flüchtlingswesen. Die Gemeinde sollte sich dafür einsetzen, dass hier zukünftig eine gerechtere Verteilung der Kosten innerhalb des Kantons stattfindet. In Bezug auf den Investitionsaufwand hat sich die Kommission zu den Leichtathletik- und Fussballanlagen geäussert. Die Details dazu sind im Bericht nachzulesen. Die GRPK stellt am Ende des Berichts Anträge an den Einwohnerrat. Zusätzlich zu den Anträgen des Gemeinderats beantragt die Kommission, dass in den Mehrjahresvergleichen der Rechnung und des Budgets in den Folgejahren beim Budget 2024 die Einnahmen, die zu hoch dargestellt wurden, um 1,5 Mio. Franken korrigiert werden. Das Investitionsbudget wurde zudem wie gesagt um die 500 000 Franken, also um die Investitionsanträge, die im 2024 nicht realisiert werden können, gekürzt.

Der GRPK-Präsident bittet die Anwesenden, ihm noch ein paar persönliche Worte zur Steuerfussdiskussion zu erlauben. Der Kanton schreibt vor, dass die Gemeinden einen langfristig ausgeglichenen Haushalt leisten müssen. Das ist die Zielsetzung des Gemeindehaushalts. Mit HRM2 hat die langfristige Perspektive ein grösseres Gewicht gewonnen. Aufgrund der kantonalen Vorgaben, wo seit jeher 80 Prozent des Binninger Haushalts sowieso gebunden ist und damit vom Einwohnerrat kaum beeinflusst werden kann, ist der Anteil der gebundenen Ausgaben im kommunalen Haushalt durch die Abschreibungen für die Investitionen nochmals gestiegen. Die Steuerung des Finanzhaushalts kann immer weniger kurzfristig erfolgen und einmal getroffene Investitionsentscheide haben unumkehrbare, dreissigjährige Folgen im Haushalt. Die politische Einflussnahme hat daher da zu erfolgen, wo die Bildung von neuen Aufgaben entsteht. Das heisst, es sind eigentlich nur zwei Stellschrauben, bei denen etwas bewirkt werden kann. Zum einen wenn der Einwohnerrat neue Reglemente mit neuen Ausgaben beschliesst und so neue Ausgaben schafft oder allenfalls auch reduziert. Die zweite wichtige Stellschraube ist, wenn der Rat oder allenfalls auch das Volk Investitionsentscheide trifft. Wenn nun aber die Ausgaben so langfristig absehbar sind, müssen auch die Einnahmen nach einer langfristigen Planung ausgerichtet sein. Eine kurzfristige Betrachtungsweise verbietet sich oder hat langfristig negative Folgen.

Die GRPK macht in ihrem Bericht bei der langfristigen Tragbarkeit, also bei der Finanzierung des Haushalts über die nächsten fünf Jahre, ein grosses Fragezeichen und sieht diese momentan noch nicht als gegeben an. Aus diesen Gründen verbietet es sich, kurzfristig am Steuersatz zu schrauben, auch wenn man sich dies in einer kurzfristigen Betrachtungsweise in einem Jahr sogar leisten könnte. Der Vergleich mit anderen Gemeinden mit einem tiefen Steuerfuss im Bezirk Arlesheim führt den Anwesenden aber vor Augen, dass Binningen durchaus die Chance hat, langfristig und nachhaltig den jetzigen Steuerfuss zu halten und dies womöglich im Gegensatz zu diesen anderen Gemeinden, die heute noch günstiger sind. Alle Gemeinden haben die gleiche Herausforderung. Sie mussten als Folge von HARMOS grosse Investitionen in Schulhausneubauten tätigen oder sind momentan noch daran, genau wie Binningen. Alle Gemeinden sind seit 2014 verpflichtet, Abschreibungen über die dreissigjährige Abschreibungsdauer zu machen. Was unterscheidet Binningen von den anderen? Was uns in Binningen unterscheidet ist, dass wir Vorfinanzierungen bilden konnten, die unsere zukünftigen Haushalte entlasten werden. Alle anderen Gemeinden, die heute noch günstiger sind und ihren Finanzhaushalt auf eine kurzfristigere

Basis gestellt haben, haben nicht vorgesorgt und keine oder in viel geringem Ausmass Vorfinanzierungen gebildet. Nach Meinung des Votanten tut Binningen gut daran, an der langfristigen Perspektive festzuhalten.

Präsident Roman Oberli, SVP darf an dieser Stelle erwähnen, dass mittlerweile das regioTVplus anwesend ist und Filmaufnahmen macht. Dies wurde vom Büro genehmigt, der Präsident möchte es einfach nochmals in Erinnerung rufen. Im Büro wurde zudem besprochen, dass die Redezeit der Fraktionsprechenden bei der absehbaren Debatte sehr grosszügig ausgelegt werden wird. Es wird also nicht direkt nach fünf Minuten abgebrochen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Thomas Hafner, Mitte/GLP dankt der Verwaltung und dem Gemeinderat für das Erstellen des Budgets 2024 wie auch der GRPK für die sorgfältige Prüfung. Die Mitte/GLP wird dem Budget zustimmen und allen Anträgen der GRPK folgen. Das vom Gemeinderat vorgelegte Budget 2024 zeigt ein negatives Ergebnis mit einem voraussichtlichen Defizit im Jahr 2024 von 1 Mio. Franken. Beim Lesen des Budgetberichts war Folgendes nicht auf den ersten Blick sichtbar, der GRPK-Präsident hat es vorhin auch bereits erwähnt: Der Gemeinderat hat entgegen dem Prinzip der Stetigkeit bei der Ertragsprognose (1,5 Prozent Einnahmewachstum aus Steuern) bei den Einnahmen zusätzlich 1,5 Mio. Franken aus erfahrungsgemäss höheren Steuern eingerechnet. Damit wurden die Einnahmen und auch das Ergebnis im Vergleich zu den im Bericht erwähnten Eckwerten der Finanzplanung um ca. 1,5 Mio. Franken zu positiv dargestellt. Das heisst, wenn man den Bericht des Gemeinderats studiert, ist gemäss Budgetprognose im Jahr 2024 mit einem voraussichtlichen Defizit von 2,5 Mio. Franken und nicht 1 Mio. Franken, wie auf den ersten Blick erkennbar, zu rechnen. Trotzdem. Mit den kerngesunden Finanzen wäre auch ein Fehlbetrag von 2,5 Mio. Franken für die Gemeinde Binningen tragbar, wenn dies denn auch wirklich so kommen sollte.

In den letzten Jahren durfte Binningen trotz vorangekündigten geringen Jahresverlusten immer schöne, hohe Rechnungsgewinne verbuchen. Die heutige Bilanzstruktur präsentiert sich sehr solide. Das Eigenkapital wird mit ca. 119,5 Mio. Franken erwartet. Das ist ein sehr wichtiger Grundstein für die Zukunft und für die geplanten Infrastrukturvorhaben. Das Budget 2024 wie auch die nächsten vier Planjahre bis 2028 werden vom Gemeinderat aber mit voraussichtlich negativen operativen Ergebnissen ausgewiesen. Eine Ausnahme bildet das Jahr 2025. Hier wird gemäss Gemeinderat nochmals ein Jahresgewinn vorausgesagt. Der Gemeinderat hat in der längerfristigen Finanzplanung aufgezeigt, dass die Jahresabschlüsse auch nach dem Jahr 2028 möglicherweise eher negativ sein könnten. Niemand kann in die Zukunft schauen. Die Feststellung ist sicherlich planerisch wichtig, aber es wurde dabei in keiner Art und Weise erwähnt, welche Massnahmen in Zukunft gemäss Gemeinderat denkbar wären, wie und wo mögliche Ausgaben überprüft und optimiert werden könnten, um die Jahresergebnisse wieder in positive Ergebnisse zurückzuführen. Zu den Anträgen: Die Mitte/GLP wird den Anträgen 1-7 und 9 zustimmen und nimmt Antrag 8 mit dem veränderten Investitionsbudget gemäss GRPK-Bericht zur Kenntnis. Auch folgt sie dem Antrag 10 der GRPK. Also eine generelle Zustimmung der Fraktion zum Budget 2024.

Marco Giani, FDP äussert, die FDP bedanke sich bei der Verwaltung und der zuständigen Gemeinderätin für die Erstellung des Budgets. Zudem möchte er sich herzlich bei der GRPK für das Verfassen des Budgetberichts bedanken. Die Fraktion wird das Budget mehrheitlich genehmigen. Bei den Anträgen der GRPK werden die meisten ebenfalls genehmigt, ausgenommen ist der Antrag bzgl. des Steuerfusses. Hier hat die FDP mehrheitlich eine kritische Haltung. Sie möchten auch nochmals auf das Prinzip der Stetigkeit hinweisen und daher ist es u.a. korrekt, dass die budgetierten Steuereinnahmen um die 1,5 Mio. Franken reduziert werden. Das stellt die langfristige Vergleichbarkeit sicher, was wichtig ist. Trotz der Genehmigung des Budgets darf und muss das Budget auch durchaus kritisch betrachtet werden. Insbesondere wenn man in die Zukunft blickt, werden vermutlich Massnahmen notwendig werden, damit auch langfristig ein ausgeglichener Finanzhaushalt gewährleistet werden kann und das Eigenkapital in der Bilanz nicht vollständig aufgebraucht wird.

Gemäss Finanzplan der Gemeinde Binningen sieht die Zukunft bereits in den kommenden Jahren weniger rosig aus. Der Redner verzichtet auf die Wiederholung der Thematik der Schuldenbremse. Das wurde bereits zweimal erläutert. Mitverantwortlich für die Entwicklung sind sicherlich die Investitionen und die entsprechenden Abschreibungen. Die FDP wird sich dafür einsetzen, dass im Bedarfsfall neben den Investitionen auch die Betriebskosten detailliert analysiert werden. Nur so kann man Potenzial erkennen, um mit geeigneten Massnahmen und Optimierungen den entsprechenden Prognosen entgegen zu wirken. Wenn man die Betriebskosten betrachtet, fallen bspw. die Lohnkosten und der gesamte Personalaufwand auf. Die gesamten Lohnkosten stiegen im Vergleich vom Budget 2023 zum Budget 2024 um 4,8 Prozent bei praktisch gleichbleibendem Personalbestand. Das ist insgesamt ein hoher Teuerungsausgleich, der im Vergleich zur Privatwirtschaft hoch ausfällt. Ein solcher Teuerungsausgleich kann von den meisten Unternehmungen schlichtweg nicht finanziert werden. Auch die meisten Steuerzahlenden in Binningen haben einen Lohnausgleich, der im Schnitt viel tiefer ist als der des Personals beim Kanton oder in den Gemeinden. Im Kanton Baselland steigen die Löhne in der Summe übrigens um 3,45 Prozent, in Binningen um 4,8 Prozent wie gerade eben erwähnt. Der Votant geht davon aus, dass dies sicherlich nicht nur in Binningen, sondern primär auch beim Kanton thematisiert werden wird.

Beim Investitionsbudget fehlen aus Sicht der FDP entsprechende Detailinformationen, die es dem Einwohnerrat und den Kommissionen erschweren, über die Investitionen zu befinden. Der GRPK und auch der FDP fehlt hier eine solide Planungsinstanz von Investitionsprojekten. Gerade bei Investitionen in der aktuellen Grössenordnung ist es wichtig, dass der politische Prozess beginnt, bevor ein Projekt ins Budget oder in die Planung aufgenommen wird. Das beinhaltet nebst der Priorisierung von Projekten eine grobe Planung, fundierte Grobkostenberechnungen und eine Grobterminplanung. Dazu gehört auch eine zweckmässige Kommunikation z.B. in Form eines Reportings über die gesamte Investitionsperiode. Zu diesem Zweck beantragt die GRPK die Schaffung einer Spezialkommission für die Investitionsvorhaben bis zur Schaffung einer Immobilienkommission. Das wird auch die FDP vorantreiben. Der Redner denkt, dass ein Masterplan für die Investitionsprojekte jedem hier im Saal willkommen sein sollte und so die Grundlage geschaffen werden würde, dass über die Projekte sachlich und mit besserem allgemeinen Verständnis debattiert werden kann.

Zur Thematik des Steuerfusses möchte er ebenfalls noch kurz etwas sagen. Es gibt unterschiedliche Meinungen, ob die Erhöhung aus dem Jahr 2022 um ein Prozent auf 49 Prozent im Nachhinein wirklich notwendig war. Die einen werden dies verneinen, die anderen werden begründen, dass es aufgrund der geplanten Investitionen notwendig war. Er möchte aber in die Zukunft schauen. Da ist es für ihn wichtig, dass trotz der Prognosen und Investitionen mit den dazugehörigen Abschreibungen auch in den nächsten Jahren eine Steuererhöhung vermieden werden kann. Klar könnte man die Steuern aufgrund der aktuell guten finanziellen Situation sogar zwischenzeitlich senken, aber aus seiner Sicht macht dies keinen Sinn, da es nicht nachhaltig ist. Auch sind die längerfristigen Prognosen im Moment eher ungewiss. Er ist der Meinung, dass der Steuerfuss vorerst auf 49 Prozent belassen werden sollte und man alles dafür tun sollte, dass der Steuerfuss auch auf diesem Niveau bleibt. Zeigt sich aber, dass man die Finanzen mittel- und langfristig im Griff hat, kann der Steuerfuss mit nachhaltiger Wirkung sogar gesenkt werden. Der Votant bedankt sich für die Aufmerksamkeit und möchte sich auch in der Verantwortung als Volksvertreter bei allen bedanken, dass man dies gemeinsam anpackt und alles Menschenmögliche unternimmt, um die Finanzaussichten der Gemeinde Binningen vernünftig und mit fundiert abgeklärten Massnahmen zu optimieren und nachhaltig sicherzustellen.

Hubert Steffen, SVP bedankt sich namens der SVP bei der zuständigen Gemeinderätin für das vorliegende Budget 2024 und bei der GRPK für den ausführlichen Bericht und ihre Arbeit. Die Kantone und Gemeinden rechnen sich notorisch arm, sonst müssten sie über Steuersenkungen nachdenken. Auch die Gemeinde Binningen budgetierte in den letzten Jahren zu pessimistisch. Statt roter Zahlen resultierten in der Gemeinde Binningen in den letzten Jahren hohe Überschüsse. Gegen eine Zurückhaltung gibt es grundsätzlich nichts einzuwenden, schliesslich sind solide Finanzen ein rares Gut. Dennoch: Zu viel Pessimismus ist problematisch. Politiker könnten nämlich versuchen, sich finanzielle Spielräume zu sichern,

um damit unnötige Ausgaben zu finanzieren. Bei diesen Überschüssen bezahlen die gegenwärtigen Steuerzahler zu viel für die Leistungen. Die wichtigste Massnahme gegen den finanziellen Übermut der öffentlichen Hand sind Steuerkürzungen. Diese stossen allerdings oft auf Widerstand. Die Gemeinde Binningen argumentiert immer wieder, dass die Überschüsse für zukünftige Investitionen wichtig sind.

Massive steigende Kosten wie Krankenkassenprämien, Energie, Miete und Lebensmittel bedeuten für die meisten Einwohnerinnen und Einwohner der Gemeinde Binningen einen massiven Kaufkraftverlust. Die extrem steigenden Kosten werden auch durch die Mitte-Links-Politik verursacht mit z.B. Bauvorschriften, Umweltvorschriften, CO2-Steuern, massiver Bürokratie und Überregulierungen in vielen Bereichen. Die meisten Leute möchten Freiheit, Selbstbestimmung, genügend Geld im Portemonnaie und in Ruhe leben können. Die linke Politik macht aber genau das Gegenteil. Man sollte für die Bevölkerung Politik machen und nicht gegen sie. Dafür steht die SVP als einzige Partei seit Jahren ein. Weniger Staat, weniger Steuern und weniger Bürokratie. Von der kommenden Lohn- oder Rentenerhöhung profitiert wiederum der Staat alleine, da die kalte Progression nicht ausgeglichen wird. Ein Ausgleich der kalten Progression würde den Mittelstand entlasten und somit zur Stärkung der Kaufkraft beitragen. Nebenbei: Alle kostendämpfenden Massnahmen wurden vom eidgenössischen Parlament allesamt abgelehnt. Das ist unverständlich und nicht nachvollziehbar. Politik wird als wie mehr verakademisiert. Der Votant findet dies für die Zukunft für das Wohlergehen der Schweiz sehr gefährlich. Das vorliegende Budget 2024 zeigt aus Sicht der SVP wiederum keinen Sparwillen. Auch zweckgebundene oder fremdbestimmte Kosten sollte man kritisch hinterfragen können. Hier besteht aus Sicht der Fraktion ein grosses Sparpotenzial. Die Personalkosten steigen und steigen und betragen nun fast 40 Mio. Franken. Binningen kann sich nach wie vor sehr viele Angebote leisten, die stark defizitär sind.

Seit der letzten Steuererhöhung sind die Steuereinnahmen markant gestiegen. Das Eigenkapital der Gemeinde Binningen ist seit Ende 2014 um stolze 97 Mio. Franken per Ende 2022 auf 125 Mio. Franken angewachsen. Auch in Zukunft sieht die SVP die Ertragslage der Gemeinde nicht so pessimistisch, wie es der zukünftige Finanzplan 2025-2028 aufzeigt. Die Vorfinanzierung Werkhof muss aufgelöst werden und aus dem Verkauf des Kabelnetzes wird auch ein beträchtlicher Betrag die zukünftige Jahresrechnung positiv beeinflussen. Der Neubau Schulhaus Campus und die Kosten für den Erweiterungsbau Meiriacker sind ja bereits finanziert. Sollte sich in Zukunft die Finanzlage der Gemeinde Binningen verschlechtern, muss ja nicht jedes neue Projektvorhaben im Luxus enden. Der Redner ist der Meinung, eine bedarfsgerechte und normale zukünftige Investitionsplanung könne den Gemeindefinanzen nur gut tun. Bei der Entwicklung der Nettoinvestitionen sind plötzlich neue Positionen vorhanden – Sportzone «Untere Zwanzig Jucharten» 6,5 Mio. Franken, Neubau Jugendhaus 3 Mio. Franken –, die in den vergangenen Jahren noch nie erwähnt wurden. Ein solches Vorgehen findet die Fraktion sehr seltsam. Zum Finanzplan 2025-2028: In Kapitel 17 des Finanzhandbuchs für die Baselbieter Einwohnergemeinden steht: «Die Gemeinden führen einen auf Dauer ausgeglichenen Haushalt. Aufwandüberschüsse sind im Rahmen des Bilanzüberschusses zulässig. Der Bilanzüberschuss wird als allgemeine Reserve betrachtet, welche nie ganz aufgebraucht werden sollte. Bei einer gesunden finanziellen Ausgangslage sollten über eine Planungsphase von fünf Jahren die Aufwand- und die Ertragsüberschüsse ausgeglichen sein». Der vorliegende Finanzplan verletzt diese Regelung. Es gäbe noch viel über das Budget 2024 zu reden, aus Zeitgründen wird der Votant aber darauf verzichten.

Die SVP beantragt eine Steuersenkung der Gemeindesteuern von 49 Prozent auf 47 Prozent. Viele Einwohner der Gemeinde Binningen müssen ihren Gürtel enger schnallen, um die steigenden Kosten, wie Miete, Energiekosten und Krankenkassenprämien finanzieren zu können. Das betrifft vor allem den staatstragenden Mittelstand. Man muss aufpassen, dass es in Zukunft nicht nur arme oder reiche Bürger gibt. Daher ist jetzt der richtige Zeitpunkt für eine Steuersenkung, um die Belastung der Lebenshaltungskosten etwas zu senken. Wenn nicht jetzt, wann dann? Jede Entlastung in jeglicher Form ist zum jetzigen Zeitpunkt sehr wichtig und nötig. Alle Ratsmitglieder wurden von den Einwohnerinnen und Einwohnern der Gemeinde Binningen gewählt. Alle parteipolitischen Ansichten und persönlichen Interessen sind hinter das Wohl der Einwohner in Binningen zu stellen. Daher erwartet seine Fraktion von allen

Parteien eine Zustimmung zur beantragten Steuersenkung. Wer gegen eine Steuersenkung ist, zeigt nach Ansicht des Redners wenig Fingerspitzengefühl und möchte nur das eigene Wohlergehen im Auge behalten. Die SVP wird sich auch mit aller Stärke dafür einsetzen, dass die Schuldenbremse nicht abgeschafft wird. Ausser den Punkten 5 und 10 wird die Fraktion alle Anträge ablehnen und unter Punkt 4 einen Antrag für eine Reduktion des Gemeindesteuersatzes von 49 Prozent auf 47 Prozent stellen.

Urs Hauri, Grüne/EVP erläutert, auch die Grünen/EVP danken dem Gemeinderat und der Verwaltung für das Erstellen des Budgetberichts in alter Qualität und Umfang notabene, wie der Rat dies gewünscht hat. Vorab: Die Fraktion wird alle Anträge der GRPK annehmen und das Budget ebenfalls. Insbesondere wird sie im Moment keine Hand bieten für eine Steuersenkung. Angesichts der prognostizierten Defizite in den nächsten Jahren, die durch die hohen Abschreibungen aufgrund der grossen Investitionen noch zunehmen werden, wäre es nach Meinung seiner Fraktion nicht zu verantworten, auch nicht für die zukünftige Generation. Es ist schon so, dass es immer wieder einmal überraschende Mehreinnahmen gibt. Mit diesen kann man aber nicht planen, weil sie einfach erratisch kommen und damit schlicht nicht budgetierbar sind. Tatsache ist, dass Binningen auch im kommenden Jahr noch vor den grossen Investitionen und bei gleichbleibender Stellenzahl ein Defizit schreiben wird, welches, wenn man die angesprochenen Steuereinnahmen nicht dazu nimmt, noch höher ausfallen wird als beschrieben. Selbst wenn entgegen dem Budget nächstes Jahr ein Plus resultieren würde, müsste man ein bis zwei Jahre später wieder darauf zurückkommen. Die Grünen/EVP vertreten eine längerfristige Sicht mit einem stabilen Steuersatz und keinen regelmässigen Steuersenkungen und -erhöhungen.

Zur Schätzung der Steuereinnahmen: Die Fraktion versteht zwar die Idee des Gemeinderats, dass man mit dem Budget bestmöglich die Realität abbilden möchte. Aber um die langjährige Vergleichbarkeit sicherstellen zu können, steht die Grüne/EVP hinter dem Antrag der GRPK, dies in zukünftigen Jahren wieder wie früher zu machen. Zum Investitionsbudget: Es sieht vielleicht seltsam aus, 500 000 Franken zu streichen für ein Projekt, welches offensichtlich das Problem der fehlenden Sportplätze anspricht. Es geht aber darum, dass das Projekt im Moment gar nicht spruchreif ist. Es ist nicht so, dass man das Geld ausgeben wird, daher gehört es auch nicht ins Budget. Es braucht kurzfristige Lösungen für das Problem der fehlenden Sportplätze und nicht eine halbe Million Franken jetzt, wo man gar nichts Konkretes hat. Generell haben die Grünen/EVP wie andere auch erstaunt von verschiedenen, neugeplanten Grossprojekten Kenntnis genommen. Die Fraktion teilt die Ansicht der GRPK, dass die Projekte in einer Spezialkommission angeschaut werden sollten. Binningen ist vorbildlich beim Bereitstellen von Plätzen für Asylsuchende. Die Gemeinde hat die Anforderungen des Kantons immer erfüllt. Die Grüne/EVP findet das gut so und es soll auch so bleiben. Der Mehraufwand soll aber auch gerecht abgegolten werden. Die Fraktion möchte daher den Gemeinderat und die Landrätinnen und Landräte hier im Saal ermuntern, sich beim Kanton für eine gerechtere Abgeltung stark zu machen.

Simone Abt, SP möchte vorwegnehmen, dass die SP das Budget und alle Anträge der GRPK genehmigen wird. Als Mitglied dieser Kommission kann sie sagen, dass die Anträge diskutiert und darüber abgestimmt wurde. Sie entsprechen einem Kompromiss, mit welchem sich bei Verabschiedung des Berichts ein Grossteil der Kommission einverstanden erklären konnte. Damit meint sie insbesondere und explizit auch Antrag 4. Wenn man nun heute Abend wesentliche Änderungen am Budget vornimmt resp. dieses sogar verwerfen will, so ist dies ihrer Ansicht nach für die Galerie bestimmt und ganz klar dem Wahlkampf geschuldet, der langsam anrollt. Die Rednerin ist aber zuversichtlich, dass die Binninger Wählerinnen und Wähler aus diesen Spielen die richtigen Schlüsse ziehen würden. Was sind das für Politiker/-innen, die die Steuern senken wollen, wenn die Gemeinde vor grossen Ausgaben steht und wenn jetzt schon absehbar ist, dass sie nächstes Jahr wieder erhöht werden müssten und dann massiv nach diesem «Wahlkampf-Zückerchen»? Das trifft dann doppelt so hart und wirkt sich nicht positiv auf die Kaufkraft aus, die Hubert Steffen vorhin erwähnt hat. Im Gegenteil. Das wirft die Leute richtig aus der Bahn. Was sind das für Volksvertreter, die das Budget der Gemeinde im Zweifel zurückweisen würden, weil der kantonal tiefste Steuersatz, oder der fast tiefste, noch nicht genug tief sei?

Sie kann an die Damen und Herren, die sich jetzt in Versuchung geführt fühlen nur appellieren, Vernunft und Verantwortungsgefühl walten zu lassen. Investitionsintensive Jahre sind keine Zeiten für Steuersenkungen. Es muss realistisch budgetiert werden, sonst rennen die gleichen Herrschaften, die jetzt Steuern senken möchten, nachher umher und rufen nach Sparmassnahmen, die die Infrastruktur kaputt machen und den unteren Einkommen in der Gemeinde Leistungen wegnehmen. Das war alles bereits da. Vielleicht noch eine Überlegungsanregung. Eine Steuersenkung ist doch dann angebracht, wenn die Gemeinde gut dasteht und es der Gemeinderat auch entsprechend darlegt. Nicht einfach so aus einer Grundstimmung heraus oder sogar als Druckmassnahme. Sieht die aktuelle Lage so aus, als würde dies zutreffen? Nein, oder? Es wurden durchaus kritische Worte geäussert. Alle Anwesenden haben den Kommissionspräsidenten zur Tragbarkeit gehört. Es ist also kein Zeitpunkt, um finanzielle Risiken einzugehen. Der Steuersatz soll bitte bleiben, wo er ist. Alles andere wäre unseriös und verantwortungslos.

Die Votantin kommt noch zu ein paar einzelnen inhaltlichen Punkten, die ihrer Fraktion aufgefallen sind. Vielleicht kann der Gemeinderat ein paar Erläuterungen dazu beisteuern. Im Investitionsplan vorgesehen sind der Kunstrasen Spiegelfeld und der Ersatz des Kunstrasens Margarethen. Die SP möchte wissen, ob der Kunstrasen beim Spiegelfeld nach der Bauphase im Dorf wieder zurückgebaut wird. Die budgetierten 2,9 Mio. Franken erscheinen teuer für eine temporäre Lösung, das wäre der Kunstrasen Spiegelfeld. Könnte man allenfalls vorübergehend auf dem normalen Rasen spielen? Ein Naturrasen ist nicht das ganze Jahr über bespielbar, das ist der Fraktion klar. Mindestens fünf Monate ist er wetterbedingt zu. Zweiter Punkt: Positiv zu werten ist die Erhöhung des Beitrags für die familienexterne Betreuung aufgrund des interfraktionellen Postulats «Vereinbarung von Beruf und Familie» im Einwohnerrat. Dritter Punkt: Der Steuerfuss für die Ertragssteuer muss nächstes Jahr neu angesetzt und vermutlich erhöht werden. Sie wiederholt, die SP-Fraktion genehmigt das Budget und unterstützt alle Anträge der GRPK inkl. Antrag 4. Sie legt allen Ratskolleginnen und -kollegen ans Herz, dies doch bitte auch zu tun.

Gemeinderätin Eva-Maria Bonetti, FDP dankt für die Voten zum Budget 2024. Sie bedankt sich auch ganz herzlich bei der GRPK und dem GRPK-Präsidenten für den gut formulierten und umfassenden Bericht. Kurz zu den Voten. Sie beginnt mit dem Votum zur Steuerertragsprognose. Der Gemeinderat kann die Feedbacks sehr gut nachvollziehen. Er hat versucht, sich mit der Genauigkeit anzugleichen im Rahmen der verschiedenen Abweichungen, die man in den letzten Jahren hatte. Der Gemeinderat kann aber die Voten sehr gut nachvollziehen insbesondere den Aspekt der Konstanz, denn diese ist dem Gemeinderat genauso wichtig wie dem Einwohnerrat. Daher hat er gerade zum heutigen Zeitpunkt mit den grossen langfristigen Investitionen mit der Defizitbeschränkung ein Werkzeug geschaffen, das diesen Rahmenbedingungen Rechnung trägt und sieht auch, dass kurzfristige Änderungen in der Steuerprognose in der aktuellen Situation wenig Sinn machen. Es ist daher für alle Beteiligten von absoluter Wichtigkeit, diese Konstanz in die Zukunft zu bringen und weiterhin Sicherheit zu generieren. Die Finanzplanjahre wurden ebenfalls angesprochen. Es ist richtig, dass im Budget nicht alle Jahre abgebildet werden können. Es ist aber auch so, dass der Gemeinderat seit ca. drei Jahren mit dem Instrument der Defizitbeschränkung unterwegs ist und aufgrund dieser Defizitbeschränkung auch den verschiedenen Kommissionen aufgezeigt hat, wie dies funktioniert. Es ist ein Instrument, das aufzeigt, wie man in dieser Planung auch über diese Jahre hinaus Mechanismen hat, die sofort anzeigen, wenn Handlungsbedarf besteht und Massnahmen vorgenommen werden müssen, um korrigierend einzugreifen.

Die Langfristigkeit, die auch der GRPK-Präsident angesprochen hat, zeigt sich auch darin, dass der Gemeinderat mit dem Budget 2024 den Weg weiterverfolgt, der im 2020 angefangen wurde und im Konsens mit der GRPK und dem Gesamt-Einwohnerrat vor dem Hintergrund der grossen geplanten Investitionen mit dem Ziel eines nachhaltigen, langfristig ausgeglichenen Binninger Finanzhaushalt entstanden ist. Der Gemeinderat betrachtet dies als einen Meccano für einen möglichst kalkulierbaren Weg in den kommenden 30 Jahren. Das Ziel war, ist und wird auch in Zukunft sein, die grossen Investitionen einerseits zu ermöglichen, aber vor allem auch finanziell verträglich stemmen zu können, tragbar zu machen und gleichzeitig weiterhin moderate Steuern beibehalten zu können, ein weiterhin attraktives Binningen zu haben und unseren Nachkommen einen soliden Finanzhaushalt übergeben zu können. Der Rat hat

dem Wunsch nach Konstanz und Kalkulierbarkeit zu dieser Langfristplanung mit der damaligen einprozentigen Steuererhöhung im Jahr 2022 Ausdruck gegeben. Diese Langfristplanung soll jetzt in diesem Sinn fortgesetzt werden.

Zu den weiteren Punkten: Eine Steuererhöhung möchte der Gemeinderat nicht. Wieso ist der Rednerin dieser freudsche Versprecher passiert? Weil genau das passieren würde. Wenn man jetzt die Steuern senken würde, wäre es wie ein Bumerang, der zwar kurzfristig einer gewissen Gruppe an Personen in Binningen positiv entgegenkäme, der uns aber in relativ kurzer Frist ganz brutal einholen würde und zwar doppelt und dreifach. Sie vermutet, dass dies niemand in Binningen möchte. Vor dem Hintergrund der vielen grossen Investitionen und vor allem, weil man jetzt mit den 30 Jahren rechnen muss, ist eine ausgesprochene Langfristplanung von Nöten. Die Gemeinde kann es sich nicht leisten, kurzfristig einmal in diese Richtung und einmal in die andere Richtung zu gehen, sondern man muss wirklich alles dafür tun, um die langfristige Kalkulation möglichst kalkulierbar zu machen und vorsichtig zu planen, um die Tragbarkeit zu gewährleisten. Gleichzeitig muss es aber jedes Jahr hinterfragt werden und zu diesem Zweck gibt es die neue Defizitbeschränkung, die aufzeigt, was wann nötig wird. Das sieht man bereits in diesem Budget. Es wird genau aufgezeigt. Dies hat auch der GRPK-Präsident erwähnt. Man verfügt nun also über ein Werkzeug, das aufzeigt, wann Handlungsbedarf besteht. Zu den Fragen bzgl. Sportplätzen und Kunstrasen möchte die Votantin das Wort gerne dem zuständigen Gemeinderat weitergeben. Er kann diese Fragen detaillierter und besser beantworten.

Gemeinderat Daniel Nyffenegger, FDP stellt klar, der Gemeinderat wollte nicht einfach aus der Fantasie heraus darauf aufmerksam machen und eine halbe Million Franken für sinnvolle Sportplätze einmal einstellen. Es ist klar, dass es nicht im 2024 realisiert werden kann, aber es braucht einen entsprechenden Planungsvorsprung. Dafür braucht man ebenfalls Geld, wenn man im nächsten Jahr mit einem Planungskredit in den Einwohnerrat kommen würde. Es ist Fakt und die Anwesenden können sich sicher erinnern, dass man bereits in den 90er-Jahren prophezeit und gewusst hat, dass es in Binningen zu wenig Plätze gibt. Die grösseren Sportvereine in Binningen betreiben nicht nur den Sport, sondern sie leisten auch einen grossen Beitrag zur Integration der Jugend in unsere Gesellschaft. Wenn ein Verein 700 Junioren hat und noch 180 auf der Warteliste stehen, dann versteht man alleine an diesem Beispiel, dass die beiden Plätze auf dem Spiegelfeld nicht ausreichen. Es gibt verschiedene Varianten, das Problem zu lösen. Der Gemeinderat wird zu gegebener Zeit mit seinen Anträgen wieder in den Einwohnerrat kommen.

Thomas Hafner, Mitte/GLP führt aus, das vorliegende Budget 2024 des Gemeinderats zeige wie gesagt ein negatives Ergebnis mit einem Defizit von ca. 1 Million Franken. In den letzten Jahren durfte Binningen trotz vorangekündigten geringen Jahresverlusten immer schöne, hohe Rechnungsgewinne verbuchen. Der Redner geht davon aus, dass dies wieder so sein wird, wenn auch nicht unbedingt in dieser Höhe. In die Glaskugel schauen kann niemand. Aller Voraussicht nach wird es aber auch in diesem Jahr und wie der Gemeinderat bereits für das Jahr 2025 vorausgesagt hat, wird auch im 2025 wieder ein grosser Gewinn prognostiziert. In den letzten beiden Jahren gab es sehr hohe Jahresabschlüsse. Das ist super und für die Gemeinde das Beste, das es gibt. Aber ist das auf Vorrat Ansparen mit einer gut gefüllten Gemeindekasse auch richtig und korrekt, v.a. auf dem Buckel der sehr guten Steuerzahler? Es ist kein Geheimnis, der Votant gehört da nicht dazu, daher könnte es ihm gleichgültig sein. Er persönlich findet es moralisch nicht einwandfrei. Er ist überzeugt, dass Binningen die Steuern für das Jahr 2024 und voraussichtlich auch für das Jahr 2025 ohne Problem wieder um ein Prozent senken könnte, also wieder zurück auf 48 Prozent wie vor zwei Jahren. Der Steuerfuss kann im Parlament jedes Jahr wieder neu bestimmt werden. Er wäre der Erste, der, sobald die Notwendigkeit besteht, je nach Bedarf später auch wieder auf die 49 Prozent hochgehen würde. Aber jetzt und heute den Steuersatz einfach unverändert auf 49 Prozent zu belassen, findet er unanständig. Er verwendet das Wort nicht gerne, aber gegenüber den guten Steuerzahlern ist es eine Zumutung, fast schon eine Abzockerei. Der Redner hat dem Präsidenten einen Antrag zur Steuersenkung um ein Prozent abgegeben. Es hat überhaupt nichts damit zu tun, dass jetzt Wahlkampf ist. Es ist ihm zu einfach, immer zu sagen, es sei für die Galerie, es sei für den

Wahlkampf. Als Mitte-Politiker ist er sich gewohnt, dass er es nicht immer allen links und rechts recht machen kann. Das ist ihm klar.

Binningen hat grosse Investitionsprojekte. Das ist richtig. Über zwei Projekte wurde abgestimmt und sie wurden bewilligt. Ein Projekt wurde fallen gelassen. Dies zwar zu seinem Bedauern, aber es wurde fallen gelassen. In Zukunft muss das Ganze wieder geordnet werden, wenn die Bauten gemacht sind, auch hinsichtlich der neuen Investitionen. Es gab einmal eine lange Liste. Er ist sich nicht sicher, ob alle diese Projekte wirklich kommen werden. Das heisst, es wird dann wichtig sein, anhand der neuen Investitionen, die angedacht sind, diese wieder zu bereinigen und in die Zukunft zu blicken. Wie gesagt: Er ist der Meinung, heute sei es absolut möglich für das Jahr 2024, er sagt sogar für das 2025, die Steuern um ein Prozent zu senken. Wenn es dann halt notwendig sein sollte, das weiss man wirklich noch nicht, die Prognosen gehen weit, aber sie sind nicht fundiert festgesetzt, müsste man die Steuern halt wieder erhöhen. Aber er denkt, man könnte dies ohne Probleme wagen. Dass, wenn man jetzt ein Prozent nach unten gehen und nachher wieder ein Prozent hochgehen würde, ein riesen Bumerang zurückkäme, ist für ihn einfach Angstmacherei. Binningen ist finanziell so gut unterwegs. Der Redner ist überzeugt, dass Binningen dies in einem normalen Level halten kann, ob es 48 Prozent oder 49 Prozent sind. Er hat keine Angst, dass die Steuern in Zukunft auf 50 Prozent oder ähnliches zugehen werden. Es ist ihm klar, dass sein Antrag vermutlich nicht mehrheitsfähig ist, aber er ist der Ansicht, eine Senkung um ein Prozent ist absolut tragbar.

Lewin Lempert, SP erwähnt, es wurde heute bereits viel darüber gesprochen, ob man die Steuern nicht senken könnte. Was bis jetzt aber kein Thema war: Wer profitiert eigentlich von einer Steuersenkung? Die SVP sagt, sie möchte eine Steuersenkung für den Mittelstand. Ein Teil der Mitte seit neuestem auch. Die Frage ist, ob dies stimmt. Der Votant hat heute mit dem Steuerrechner Baselland etwas herumgerechnet, was konkret eine Steuersenkung von einem bzw. zwei Prozent bedeuten würde. Bei einem steuerbaren Einkommen von 30 000 Franken, das erhält man, wenn man etwas mehr als die AHV-Maximalrente von 2400 Franken pro Monat verdient, hätte eine Steuersenkung von einem Prozent eine Ersparnis von 11.20 Franken im Jahr zur Folge und von zwei Prozent wären es 22,40 Franken im Jahr. Bei einem steuerbaren Einkommen von 300 000 Franken hingegen sind es dann doch 42mal mehr, bei einem Prozent ca. 500 Franken, bei zwei Prozent 1000 Franken pro Jahr. Beim viel zitierten Mittelstand, nämlich ungefähr 50 000 Franken steuerbares Einkommen (Medianwert) bei einer natürlichen Person, hätte eine Steuersenkung von zwei Prozent die Ersparnis von 62 Franken zur Folge, bei einem Prozent 31 Franken. Er muss mit Verlaub ganz ehrlich sagen: «Das ist nicht die Welt.»

Viel wichtiger wären effektive Entlastungen bei den Krankenkassenprämien, Massnahmen gegen illegal überhöhte Mieten oder eine 13. AHV-Rente. Aber all diese Massnahmen lehnt insbesondere die SVP immer und durchs Band ab. Wenn man gleichzeitig einen Verlust der Kaufkraft beklagt, jegliche relevanten Massnahmen dagegen aber ablehnt und dann sagt: «Jetzt machen wir eine Steuersenkung, um den Mittelstand zu entlasten.», dann ist das in seinen Augen keine ehrliche Politik. Natürlich denkt er sich auch ab und zu, es wäre nicht schlecht, die Steuern etwas zu senken. Das fände er auch schön. Aber er findet, man sollte es nicht machen. Die Anwesenden sollten in sich gehen und sich fragen, ob sie wirklich Menschen, die 300 000 Franken Einkommen und mehr haben, ein doch schönes Weihnachtsgeschenk machen möchten auf Kosten des Allgemeinwohls, auf Kosten der Investitionsfähigkeit der Gemeinde Binningen oder nicht. Der Redner findet ganz klar Nein. Die Bevölkerung zu entlasten geht auf viel besseren Wegen, die viel effektiver sind. Er dankt auch den bürgerlichen Kräften auf der konstruktiven Seite, die den Steuersatz, wie er jetzt ist, belassen möchten.

Daniel Setz, FDP erklärt, die FDP-Fraktion könne teilweise die Forderungen nach einer Steuerfussreduktion nachvollziehen. Nach der letzten Steuerfusserhöhung im Jahr 2022 konnte die Gemeinde sehr positive Rechnungsabschlüsse vorlegen. Diese zeigen, dass das Steuersubstrat weiterhin sehr gut ist. Ebenfalls wird die FDP mit Interesse die Rechnung für das Geschäftsjahr 2023 anschauen. Die Fraktion ist jedoch der Ansicht, dass in Anbetracht der bereits bewilligten, grossen Investitionen von gesamthaft rund

75 Mio. Franken durch das Stimmvolk für den Schulcampus und die Erweiterung des Meiriacker-Schulhauses sowie den daraus folgenden Kostenerhöhungen im Bereich von Abschreibungen, Finanzierungs- und Unterhaltskosten, eine Senkung des Steuerfusses zum jetzigen Zeitpunkt nicht vernünftig wäre. Das heisst aber keineswegs, dass die Fraktion generell Steuern auf Vorrat unterstützt. Letztlich muss der Steuerfuss mit den Steuereinnahmen Schritt halten. Das muss, wenn man die äusserst erfreulichen Rechnungen der letzten Jahre anschaut, zu einer Steuerfussreduktion führen. Die FDP wird dementsprechend in Zukunft einen solchen Spielraum thematisieren und zum gegebenen Zeitpunkt Anträge stellen. Die heutige, langfristige Finanzprojektion zeigt, dass wir ab 2029 ohne nachhaltige Gegenmassnahmen den Haushalt ausser Lot bringen. Die Fraktion erwartet vom Gemeinderat, konkrete Kostenoptimierungsmassnahmen, um dieser Situation entgegenzuwirken.

Die FDP bekennt sich dazu, den Steuerfuss nachhaltig niedrig zu halten. Das bedingt, dass jede weitere Investition kritisch auf ihre Auswirkungen auf die Finanzen der Gemeinde betrachtet wird. Von der FDP wird es ohne seriöse Verzichtsplanung des Gemeinderats für Investitionen und Ausgaben kein Okay geben, die Steuern in Zukunft einfach zu erhöhen. Die Fraktion verlangt, dass jede zusätzliche Ausgabe und Investition für den Rat und den Steuerzahler ein transparentes und nachvollziehbares Preisschild trägt und was diese Pläne für kurz- und langfristige steuerliche Auswirkungen haben werden. Kurzfristige und nicht nachhaltige Steuergeschenke vor den Wahlen lehnen sie ab. Sie möchten die Mitte oder Thomas Hafner, falls der Antrag nur von ihm kommt, gerne einladen, bei den kommenden Investitionen auch einmal etwas anderes als die Maximalvariante zu unterstützen. Das wäre für die Wähler und Steuerzahler nachhaltiger als das kurzfristige Feuerwerk.

Christian Schmid Fabini, SVP teilt mit, wie der Fraktionssprecher der SVP bereits erwähnt hat, sei die Fraktion überhaupt nicht einverstanden mit diesem Budget. Wieder geht es ganz klar in die falsche Richtung. Anstatt ein hohes Niveau zu halten und dafür die Steuern zu reduzieren, entscheiden sich die anderen Parteien für eine regelrechte Kostenexplosion, z.B. bei den Personalkosten. Rechnung 2021: 30,7 Mio. Franken. Budget 2024: 39,8 Mio. Franken. Ein Plus von satten 30 Prozent in drei Jahren. Kann man bei solchen Zahlen noch davon reden, dass man versucht habe, die Kosten zu reduzieren? Der Bürger muss den Gürtel enger schnallen, aber die Gemeinde Binningen kann das hart erarbeitete Geld der Bürger munter ausgeben. Vielleicht noch eine Randbemerkung: Das Durchschnittseinkommen einer Einzelperson in Binningen liegt bei rund 125 000 Franken. Wenn man jetzt einfach eine durchschnittliche vierköpfige Familie nimmt, würde es doch einige schöne Nachtessen oder Weihnachtsgeschenke geben bei einer Senkung von einem oder zwei Prozent.

Die Einwohner müssen seit 2022 höhere Steuern bezahlen, weil sonst angeblich das Geld nicht reichen würde. Als einzige Partei hat die SVP damals darauf hingewiesen, dass die Steuererhöhung nicht nötig ist. Es gab bereits zwei Jahre mit einem Überschuss von rund 10 Mio. Franken. Alleine aufgrund der kalten Progression – d.h. wenn die Löhne z.B. wegen der Inflation leicht steigen, steigen die Steuereinnahmen exponentiell, weil die Steuerzahler automatisch in eine höhere Steuerklasse fallen, obwohl sie real nicht mehr verdienen – muss man sehr stark davon ausgehen, dass das Resultat in Zukunft ähnlich sein wird wie in den letzten zwei Jahren. Das hätte eine unnötige Anhäufung von Geld auf der Gemeindekasse zur Folge. Die anderen Steuererhöhungs-Parteien, zu denen leider auch die FDP gehört, finden den wachsenden Staat und höhere Steuern für die Gemeinde scheinbar das richtige Modell. Die einzige Partei, die sich für die Steuerzahler in Binningen einsetzt und eingesetzt hat, wie man schon im Jahr 2021 gesehen hat, ist die SVP. Der Votant findet, bei frei verfügbaren Mittel, die in zwei Jahren von 93 Mio. Franken Ende 2020 auf 114 Mio. Franken Ende 2022 angewachsen sind und 125 Mio. Franken Eigenkapital könne man das Geld den Einwohnern auch wieder zurückgeben. Er ist sehr erstaunt darüber, dass andere Parteien hier von einer finanziell kritischen Situation sprechen. Letztes Jahr hat seine Fraktion bereits darauf hingewiesen, dass es wahrscheinlich wieder einen massiven Überschuss geben wird und genau so kam es. Was muss noch alles passieren, bis man die Steuern senken kann? Daher stellt die SVP als Einzige, wobei neu auch eine Person der Mitte, den Antrag einer Steuersenkung. Die Fraktion möchte eine Senkung des Gemeindesteuersatzes von 49 Prozent auf 47 Prozent.

Thomas Hafner, Mitte/GLP äussert, das eine Prozent solle auch ein gewisses Zeichen von Demut gegenüber den Ausgaben sein. Er hat dies ehrlicherweise im letzten Jahr etwas vermisst. Es hiess in den Voten immer: «Uns geht es ja gut, dann können wir das auch machen.». Das findet er den falschen Weg. Der Redner möchte noch kurz etwas zum Votum von Lewin Lempert sagen. Er ist einverstanden, dass das eine Prozent kein grosses Zeichen ist. Es wurden einige Zahlen genannt, das ist ein Minimum. Aber heute mit der Teuerung trifft es schon einige Leute. Da sind ein paar Franken mehr in der Kasse vielleicht ein schönes Zeichen. Es gab so viele Erhöhungen in diesem Jahr, die wir nicht beeinflussen können. In der Gemeinde Binningen hat es der Einwohnerrat in der Hand, dass er mit den Steuern im Moment etwas zurückgehen kann. Aber die Krankenkassenprämien und die Mietpreise hat das Parlament nicht in der Hand. Das sind viel grössere Posten, aber da können wir hier nichts machen. Das heisst jedoch noch lange nicht, dass die Mitte nicht für Kostensenkungen bei den Gesundheitskosten ist. Die Mietpreise sind nochmal ein anderes Kapitel.

Sven Inäbnit, FDP möchte kurz auf das Votum, er wollte fast sagen auf die Standpauke von Simone Abt von der SP eingehen. Sie postuliert, dass die Ratsmitglieder hier teilweise Wahlkampfoptik haben. Wenn er aber ihr Votum hört, fragt er sich, wer hier Wahlkampfpolemik betreibt. Einmal mehr hat die SP die Verantwortung wieder gepachtet. Die Verantwortung alles gut zu machen. Lewin Lempert unterstützt dies noch und weist alle Kritiker, die die Ausgaben und die Steuerhöhe hinterfragen als nicht-konstruktive Kräfte ein. Wenn er sich das anhört, muss er sich schon fragen, wer hier Wahlkampf macht. An Simone Abt gerichtet äussert er, dass es tatsächlich auch noch ein anderes Verantwortungsbewusstsein gibt, als das, was sie und ihre Partei für ihre Klientel gepachtet hat. Es gibt eine Verantwortung für alle Steuerzahler und Steuerzahlerinnen in Binningen, die erwarten, dass man mit ihrem Obolus verantwortungsvoll umgeht, dass man nicht Steuern auf Vorrat generiert und z.B. auch verhindert, dass die kalte Progression ewig noch mehr wegfrisst. Das ist auch eine Verantwortung und diese Verantwortung trägt u.a. seine Partei resp. die bürgerliche Seite. Insofern findet er es enttäuschend, immer für sich zu reklamieren, dass man die Hauptverantwortung hat und das grösste Verantwortungsbewusstsein. Es gibt tatsächlich noch eine andere Seite.

Stephan Siegel, SVP wendet sich an die zuständige Gemeinderätin für Finanzen. Budgetiert wird wie immer ausgeglichen oder negativ. Wie es Thomas Hafner richtig gesagt hat, hat Binningen aber tatsächlich jedes Jahr Überschüsse. 4 Mio. Franken im Jahr 2020, 11 Mio. Franken im 2021, 10 Mio. Franken im 2022 und auch dieses Jahr wird es einen Überschuss geben. 2021 hat der Gemeinderat Defizite befürchtet und wollte mit der Steuererhöhung auf 49 Prozent jährlich drei Millionen Franken Mehreinnahmen erzielen. Das bräuchte es. Mehr nicht. Die Überschüsse der letzten drei Jahre alleine haben dies für acht Jahre geliefert. Wieso braucht es jetzt plötzlich noch mehr? Warum können die Steuern nicht gesenkt werden? Das Geld ist schon längst verdient. Die grossen Projekte sind finanziert, auch wenn sie viel zu teuer sind sogar. Zukünftige Projekte sind finanzierbar insbesondere, wenn man mit dem Geld der Steuerzahler moderat umgeht. Auch im Haushalt sind Kostensenkungen möglich. Das weiss jeder, besonders die, die betonen, dass Sparübungen wie in der Vergangenheit auf gar keinen Fall möglich sind. Sie wollen sie einfach nicht. Daher: Warum keine Steuersenkung?

Thomas Schwarb, Grüne/EVP darf die SVP beruhigen. Es ist kein Antrag auf Steuererhöhung vorgesehen. Danach tönt es bei der SVP fast. Es handelt sich nur um eine Beibehaltung eines Steuerfusses, der im Quervergleich nicht wahnsinnig hoch ist. Es gibt einige Sachen, die nicht ganz richtig gesagt wurden. Das eine ist die Frage der kalten Progression. Die kalte Progression wird bei den Steuertarifen regelmässig berücksichtigt. Beim Bundessteuertarif geschieht dies automatisch, beim kantonalen Steuertarif regelmässig. Es stimmt demnach nicht, dass es nicht berücksichtigt wird. Der zweite Punkt ist, dass die grossen Projekte nicht einfach so finanziert sind. Sie sind teilweise vorfinanziert und werden die Rechnung sehr wohl weiterhin belasten. Das muss man berücksichtigen. Was ihn ganz stark erstaunt, ist die Aussage, man solle die Schuldenbremse so belassen und gleichzeitig sagt man, man solle das Eigenkapital, das sich akkumuliert hat, abbauen. Der Witz ist ja, dass die Gemeinde das Problem hat, dass sie genau das nicht kann aufgrund der Schuldenbremse. Nach Ansicht des Votanten steht sich die SVP selbst im

Weg mit ihren Forderungen.

Simone Abt, SP würde gerne etwas zu den Voten von Sven Inäbnit und Stephan Siegel sagen. Der Punkt ist der: Eine Steuersenkung wäre für alle hier im Raum prima. Nur, wenn nachher die gleichen Leute angerannt kommen und sagen, man müsse nun Sparübungen machen. Stephan Siegel hat offen gesagt, dass er Sparübungen, wie man sie in Binningen schon einmal machen musste, ganz toll fände. Die Rednerin weiss einfach noch als gebranntes Kind, was damals kaputt gegangen ist. Sie möchte das wirklich nicht mehr. Sie möchte nicht unbedingt Steuern auf Vorrat. Gleichzeitig wird den Anwesenden klar gesagt, sie sollen nicht mit Überschüssen rechnen, weil man sie nicht beziffern kann. Sie sind die Ersten, die die zwangsläufige Ungenauigkeit zwischen effektiven Steuererträgen und Budget zur Sprache bringen. Dafür wurde noch keine Lösung gefunden. Die Votantin ist der Meinung, die Lösung liege nicht in einer Steuersenkung aus dem blauen Himmel. Ihr erscheint dies in Anbetracht der Budgetierung und der Kosten, die anfallen werden, verantwortungslos. Sie möchte das nicht mittragen. Natürlich hat die SP die Weisheit nicht gepachtet, was die Richtigkeit von Steuerfüssen anbelangt. Sie fand aber die Ausführungen von Lewin Lempert nicht so absurd, dass es einem Grossteil der Bevölkerung nicht wahnsinnig viel bringt, aber dafür möglicherweise der Gemeinde eine Runde Sparübungen, bei denen die Votantin ganz offen sagen muss, dass sie das nicht möchte. Sie möchte gar nicht, dass ein solcher Notfall eintritt und man dies machen muss. Sie weiss nicht, ob Steuern auf Vorrat nicht sogar weniger schlimm wären, wobei sie gar nicht glaubt, dass man dies in Binningen macht.

Gemeinderätin Eva-Maria Bonetti, FDP nimmt Stellung zur Frage von Stephan Siegel von der SVP. Die bisherigen Überschüsse, die die Gemeinde selbstverständlich sehr gerne genommen hat, sind Überschüsse, die mehrheitlich aus Beträgen kommen, die die Gemeinde gemäss HRM2 nicht budgetieren darf. Ein Grossteil der Überschüsse der letzten Jahre waren Nachsteuern und Strafsteuern geschuldet, die man nicht budgetieren darf. Auf der anderen Seite ist es sicher so, dass sich die Gemeinde in ihrem Budgetprozess in den letzten Jahren verbessert hat, was die klassische Budgetierung betrifft. Dort hat man sich an einen Punkt angenähert, wo man der Realität sehr nahekommt. Was aber nach wie vor nicht möglich ist, ist die Nach- und Strafsteuern zu budgetieren. Das war auch der Grund, weshalb der Gemeinderat den Versuch gemacht hat, dem etwas entgegenzuwirken, um hier mehr Genauigkeit zu erreichen. Im Hinblick auf die langfristige und bessere Kalkulierbarkeit wird dies nun aber auch auf Wunsch der GRPK wieder korrigiert, da der Gemeinderat dies sehr gut nachvollziehen kann. Wenn man von einer Steuersenkung spricht, würde sie gerne schnell aufzeigen, was dies kosten würde. Wenn man davon ausgeht, dass ein Steuerprozent 1,3 Mio. Franken entspricht, um man dies mal 30 rechnet und vielleicht noch mal zwei, dann kommt man auf über 70 Mio. Franken. Das ist doch ziemlich viel Geld, das fehlt. Insbesondere zum jetzigen Zeitpunkt, wo man die Investitionen am Finanzieren ist.

Es geht nicht darum, damit einfach Investitionskosten für die Projekte selbst zu decken. Sondern es kommen die ganzen Finanzkosten, Zinsen von Geld, dass man aufnehmen müsste, die ganzen Abschreibungen usw. hinzu. Wenn man das alles rechnet, dann müsste man sich noch weiter verschulden und man hätte noch höhere Zinskosten. Dann kostet es die Gemeinde sehr viel Geld. Dies einfach dazu. Das sind die Zahlen. Es wurde ausgerechnet, was dies bedeuten würde. Es gäbe eine Variante mit 48 Prozent, dann hätte man einen Aufwandüberschuss von 2,3 Mio. Franken. Bei 47 Prozent ist man bei fast 4 Mio., also 3,609 Mio. Franken. Man kann sich in etwa ausrechnen, was dies dann auf 30 Jahre bedeuten würde, denn man muss aufgrund der Langfristigkeit mit 30 Jahren rechnen. Man kann nicht so viele Projekte in der Investitionsplanung haben und es einfach so auf sich zukommen lassen und auf das Geratewohl annehmen, dann man dann vielleicht einmal einen Überschuss haben wird oder es dann schon irgendwie gehen wird. Es muss sorgfältig geplant sein, dass ist man der Gemeinde und allen Anwesenden schuldig. Bei solchen Investitionsvolumina geht es nicht anders als langfristig. Da braucht es die Konstanz in den Berechnungsgrundlagen und daher macht eine Steuersenkung kurzfristig jetzt aus Sicht des Gemeinderats aber auch aus Sicht der GRPK und aus Sicht einiger anderer, wie man gehört hat, keinen Sinn.

Hubert Steffen, SVP findet, man dürfe auch nicht vergessen, dass Binningen zwischen 10 und 12 Mio. Franken an den Finanzausgleich zahlt. Er nimmt gerne eine tiefere Steuerkraft von Binningen in Kauf und dann sind die zwei bis drei Millionen Franken schnell einmal eingespart.

ABSTIMMUNG

Antrag 1 der GRPK: 28 JA / 6 NEIN (Abstimmung 04)

Antrag 2 der GRPK: 26 JA / 5 NEIN / 2 Enthaltungen (Abstimmung 05)

Antrag 3 der GRPK: 27 JA / 5 NEIN / 2 Enthaltungen (Abstimmung 06)

Präsident Roman Oberli, SVP möchte bei Antrag 4 zuerst über die beiden vorliegenden Unteranträge abstimmen lassen. Im ersten Schritt werden diese beiden Anträge einander gegenübergestellt.

Ausmehren

Antrag SVP: Steuersenkung von 2 Prozent (JA) vs. Antrag Hafner: Steuersenkung von 1 Prozent (NEIN):

Antrag SVP: 8 JA

Antrag Hafner: 21 JA

5 Enthaltungen (Abstimmung 07)

://: Der Antrag von Thomas Hafner, Mitte /GLP: «Senkung des Steuerfusses der kantonalen Einkommens- und Vermögenssteuer auf 48 Prozent» obsiegt.

Antrag Hafner: Steuersenkung von 1 Prozent (JA) vs. Antrag GRPK: Steuerfuss belassen (NEIN):

Antrag Hafner: 13 JA

Antrag GRPK: 20 JA

Eine Enthaltung (Abstimmung 08).

://: Der Antrag der GRPK: «Beibehaltung des Steuerfusses der kantonalen Einkommens- und Vermögenssteuer bei 49 Prozent» obsiegt.

Antrag 4 der GRPK: 20 JA / 4 NEIN / 9 Enthaltungen (Abstimmung 09)

Antrag 5 der GRPK: Einstimmig JA (Abstimmung 10)

Antrag 6 der GRPK: 23 JA / 5 NEIN / 6 Enthaltungen (Abstimmung 11)

Antrag 7 der GRPK: 26 JA / 6 NEIN / 2 Enthaltungen (Abstimmung 12)

Präsident Roman Oberli, SVP erklärt, bei Antrag 8 gibt es eine Diskrepanz zwischen dem Antrag der GRPK und dem des Gemeinderats. Er möchte diese beiden Anträge gegeneinander ausmehren.

Ausmehren

Antrag GRPK: Investitionsbudget mit Ausgaben von 15 713 000 (JA) vs. Antrag GR: Investitionsbudget mit Ausgaben von 16 213 000 (NEIN)

Antrag GRPK: 28 JA

Antrag GR: 0 JA

6 Enthaltungen (Abstimmung 13).

://: Der Antrag der GRPK: «Das Investitionsbudget 2024 mit Ausgaben von 15 713 000 Franken, Einnahmen von 180 000 Franken und Nettoinvestitionen von 15 533 000 Franken wird zur Kenntnis genommen.» obsiegt.

Antrag 8 der GRPK: Kenntnisnahme.

Antrag 9 der GRPK: 27 JA / 5 NEIN / 2 Enthaltungen (Abstimmung 14)

Antrag 10 der GRPK: 33 JA / 1 Enthaltung (Abstimmung 15)

BESCHLUSS

://: Folgende Anträge werden angenommen:

1. Die Leistungsberichte werden genehmigt.
2. Die Globalbudgets mit einem Nettoaufwand von insgesamt 57 602 436 Franken für folgende Produktgruppen werden genehmigt (Zahlen gerundet):

- Einwohnerdienste, Aussenbeziehungen	CHF	2 383 467
- Steuern	CHF	1 048 244
- Gesundheit	CHF	10 274 983
- Kultur, Freizeit, Sport	CHF	4 830 026
- Bildung	CHF	24 593 852
- Öffentliche Sicherheit	CHF	1 513 104
- Soziale Dienste	CHF	8 900 951
- Verkehr, Strassen	CHF	2 756 183
- Versorgung	CHF	1 035 122
- Ortsplanung, Baugesuche	CHF	266 506
3. Die Positionen ausserhalb der Globalbudgets mit einem Nettoertrag von insgesamt 56 565 408 Franken werden genehmigt.
4. Die Ansätze für die Gemeindesteuern werden wie folgt beschlossen:
 - 49 Prozent Steuerfuss der kantonalen Einkommens- und Vermögenssteuer
 - 31 Prozent Steuerfuss für die Ertragssteuer
 - 55 Prozent Steuerfuss für die Kapitalsteuer
 - 55 Prozent Steuerfuss für den Sondersatz für ehemalige Statusgesellschaften (Übergangsregelung für die Steuerjahre 2023 und 2024; ab 2025 entfällt diese Übergangsregelung)
5. Die Feuerwehr-Ersatzabgabe beträgt unverändert 3 ‰ vom steuerbaren Einkommen.
6. Das Budget der Erfolgsrechnung 2024 mit Aufwendungen von 96 501 139 Franken, Erträgen von 95 464 111 Franken und einem Aufwandsüberschuss von 1 037 028 Franken wird genehmigt.
7. Folgende Investitionsausgaben werden direkt beschlossen:
 - Neubeschaffung Stühle Kronenmattsaal 250 000 Franken
 - Umrüstung Beleuchtung Musikschule Kronenmatt auf LED 160 000 Franken
 - Ersatzbeschaffung der Wasseraufbereitung Hallenbad 120 000 Franken
8. Das Investitionsbudget 2024 mit Ausgaben von 15 713 000 Franken, Einnahmen von 180 000 Franken und Nettoinvestitionen von 15 533 000 Franken wird zur Kenntnis genommen.
9. Der budgetierte Stellenetat für 2024 mit 11 851 Stellenprozenten (Kategorie A) wird genehmigt.
10. In den Mehrjahresvergleichen in der Rechnung und dem Budget der Folgejahre ist in Bezug auf die Einnahmen des Budgets 2024 klarzustellen, dass diese um 1.5 Mio. Franken zu hoch dargestellt wurden.

Interfraktionelles Postulat: Unabhängiges Gutachten zur Verkehrssituation Blumenstrasse ist dringend

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Lewin Lempert, SP möchte sich im Namen der SP-Fraktion für die solide Arbeit des Gemeinderats zur Erfüllung dieses Postulats bedanken. Er dankt explizit für den sehr ausführlichen Bericht mit sehr vielen, verschiedenen Varianten, die geprüft worden sind, wie man die Situation an der Blumenstrasse lösen könnte. Es wurden total sieben Varianten von diesem unabhängigen Verkehrsgutachten geprüft. Aus Sicht seiner Fraktion ist es wichtig, dass der behindertengerechte Umbau der Tramhaltestelle gemacht werden kann. Seit 20 Jahren gibt es ein Behindertengleichstellungsgesetz, bei welchem in diesem Jahr die Umsetzungsfrist abläuft. Es ist zwingend notwendig, dass man in diesen Bereichen vorwärts macht. Als zweiter Punkt ist aus Sicht der SP wichtig, dass der Parallelweg, der sich im Ausstiegsbereich der Tramhaltestelle befindet, aus Sicherheitsgründen aufgehoben werden kann. Zusammenfassend kann man sagen, dass sich die Fraktion dem Fazit des Verkehrsgutachtens und des Gemeinderats anschliesst. Die Variante mit einer Birsigbrücke ist die Beste. Es ist vielleicht nicht die perfekte Lösung, aber es ist die Beste und daher schreibt die SP das Postulat ab.

Marc Schinzel, FDP erklärt, auch die FDP danke dem Gemeinderat für seinen Bericht auf das interfraktionelle Postulat und für das ausführliche Verkehrsgutachten. Die Fraktion wird das Postulat grossmehrheitlich abschreiben. Dies allerdings einzig aus formellen Gründen. Es wurde geprüft und berichtet. Der Gemeinderat schreibt, er wolle an der neuen Erschliessung der Blumenstrasse über den Schafmattweg gemäss kommunalem Strassennetzplan festhalten. Die FDP stellt ganz klar fest, dass sie damit nicht einverstanden ist. Die Fraktion lehnt eine Verkehrserschliessung der Blumenstrasse für den motorisierten Verkehr via Schafmattweg ab. Für sie ist klar, dass es andere Lösungen braucht und auf solche Lösungen geht das Verkehrsgutachten auch ein. Eine Autoquerung der intensiv genutzten, kantonalen Radroute auf der auch E-Bikes rasch unterwegs sind, ist ein klares Sicherheitsrisiko und widerspricht auch dem Grundsatz, auf offiziellen Radrouten dem Veloverkehr möglichst freie Fahrt zu gewähren.

Der Schafmattweg ist über dies ein stark frequentierter Schulweg. Zahlreiche Kinder, die die Kindergärten an der Blumenstrasse und im Schulhaus Mühlematt besuchen, und in den Schulhäusern Mühlematt und Birkenweg eingeteilte Primarschülerinnen und Primarschüler nutzen den Schafmattweg. Hinzu kommen weitere Kinder, die den Mittagstisch im Mühlemattschulhaus aufsuchen oder von dort in den Unterricht zurückkehren oder nach Hause. Namentlich vor Schulbeginn und nach dem Schulende vor allem auch am Mittag ist das Trottoir zwischen der Kreuzung Lindenstrasse / Schafmattweg und der Einmündung der Blumenstrasse übervoll. Das kann man nicht anders sagen. Der Redner kennt es selbst. Er hat in diesem Quartier gewohnt und seine Kinder sind ins Mühlemattschulhaus gegangen. Die Lage ist dann absolut unübersichtlich. Eine Autoerschliessung der Blumenstrasse via Schafmattweg wäre auch deshalb unverantwortlich.

Aus Sicht der FDP ist die geplante Erschliessung der Blumenstrasse via Schafmattweg ein weiteres Beispiel, wie dem Einwohnerrat wegen vermeintlicher Sachzwänge eine unbefriedigende Lösung schmackhaft gemacht werden soll. Es wird vorgebracht, die Erschliessung via Schafmattweg sei bereits im Strassennetzplan. Das stimmt. Weiter heisst es, die BLT müsse die Haltestelle «Bottmingermühle» behindertengerecht ausbauen. Das stimmt auch. Das Gesetz will es so. Es gibt das Behindertengleichstellungsgesetz. Die BLT findet zudem Bewilligungen für andere im Verkehrsgutachten angedachte Lösungen, z.B. eine Erschliessung via Bottmingerstrasse, seien schwierig zu erhalten, weil es ja, und da kommt der

Sachzwang, schliesslich eine Lösung bzw. eine Erschliessung via Schafmattweg gebe. Zusammengefasst heisst dies: Alle haben Priorität ausser den Velofahrenden, den Kindergärtner/-innen, den Primarschülern und -schülerinnen und den Anwohnerinnen und Anwohnern der Blumenstrasse und des Schafmattwegs. Für seine Fraktion geht das nicht. Sie möchte, dass der Gemeinderat andere Prioritäten setzt und demzufolge auch andere Lösungen sucht. Wie gesagt: Aus formellen Gründen schreibt eine Mehrheit der FDP das Postulat ab.

Beatrice Büschlen, Grüne/EVP führt aus, grundsätzlich bewerte ihre Fraktion das unabhängige Verkehrsgutachten positiv. Es hat interessante Argumente und gibt auf jeden Fall Antworten auf die verschiedenen Punkte, die bereits kritisiert wurden. Ja, die Blumenstrasse wurde im Strassennetzplan damals so festgelegt. Die Grüne/EVP-Fraktion hat aber die vielen Nachteile für Anwohner/-innen, Schüler und Schülerinnen und Spaziergänger/-innen entlang des Birsigs in ihrer Mitwirkung zum «Planungsbericht Bau- und Strassenlinienplan Blumenstrasse» vom Februar 2021 und auch in ihrem Votum anlässlich der Überweisung des Geschäfts genügend dargestellt. Zudem haben sie u.a. auch immer wieder auf die grosse Beeinträchtigung für die Natur im Fall eines Brückenbaus hingewiesen. Auch wenn das Gutachten sich ausschliesslich auf den Verkehr konzentriert, fehlen der Fraktion ein paar Punkte. Z.B. der Bezug zum Langsamverkehrskonzept hätte etwas deutlicher ausfallen können, denn das Konzept besteht ja. Aber auch die schon mehrfach gewünschte Begegnungszone im Bereich des Kindergartens im Falle einer Realisierung der Birsigbrücke hätten die Grünen/EVP doch gerne noch etwas mehr gelesen.

Die Einfahrt von der Blumenstrasse Richtung Schafmattweg erachtet die Fraktion immer noch als äusserst gefährlich. Im Einbahnverkehr im Schafmattweg darf nur der motorisierte Individualverkehr (MIV) fahren. Schnelle E-Bikes mit Tempo 45 km/h – wenn sie geblitzt werden, haben sie Pech gehabt, aber sie werden nicht geblitzt – fallen anscheinend nicht darunter. Sorgen machen ihnen daher v.a. auch das Gegenverkehrsregime, sowohl im Schafmattweg als auch die Ein- und Ausfahrt der Blumenstrasse. Die Rednerin hat sich daher sehr über das dezidierte Votum der FDP zur Sicherheit von Velo- und Fussverkehr gefreut. Die Grünen/EVP möchten den Gemeinderat auffordern, mutig dem Langsamverkehr Rechnung zu tragen und damit auch die noch langsameren Fussgänger und v.a. die noch nicht verkehrssicheren Kinder zu schützen. Für die weitere Bearbeitung dieses Projekts und die Diskussion mit dem Kanton und der BLT möchte die Fraktion dem Gemeinderat auch den Erhalt der dortigen Natur und die bestehende Artenvielfalt ans Herz legen. In diesem Sinn nimmt die Fraktion den Bericht hoffnungsvoll zur Kenntnis und ist auch für Abschreiben.

Karl J. Heim, Mitte/GLP teilt mit, auch seine Fraktion nehme zustimmend von der Erklärung des Gemeinderats und dem Verkehrsgutachten Kenntnis und beantrage, das Postulat abzuschreiben. Marc Schinzel hat bereits viele Sachen gesagt, die die Mitte/GLP zustimmend unterstützen kann. Es ist eine komplexe Situation an der Blumenstrasse. Das vorliegende Gutachten von Glaser, Saxer, Keller zeigt nicht wirklich revolutionäre Erkenntnisse auf. Die Fraktion hat zweimal in Individualbesetzung einen Fraktionsausflug dorthin unternommen, zum Teil zu nächtlicher Stunde, und einen Augenschein gehabt, damit sie die Lage einschätzen konnte. Sie sind ebenfalls sehr skeptisch betreffend Erschliessung der Blumenstrasse vom Schafmattweg her, die neue Birsigbrücke, die entstehen soll. Die Mitte/GLP glaubt nicht, dass dies das Gebot der Stunde ist, gerade auch wegen der Velofahrenden. Der Redner ist selbst «Pedaler» und einmal mehr wird ihnen eine weitere Hürde in den Weg gestellt. Auch wenn das Gutachten keinen wesentlichen Mehrverkehr resp. sogar weniger Verkehr erwartet, bleibt die Ausgangslage komplex. Was den behindertengerechten Ausbau der Haltestelle angeht, sieht es die Fraktion auch so. Das beruht ja auf gesetzlichen Grundlagen. Die Mitte/GLP hofft, dass man aus den vielen Varianten schliesslich eine gute Lösung, v.a. auch unter Berücksichtigung der Velofahrenden, findet, die auch umweltverträglich ist.

Hubert Steffen, SVP bedankt sich namens der SVP bei der Verwaltung und dem Gemeinderat für die Ausarbeitung der Vorlage. Allerdings versteht die Fraktion den Standpunkt des Gemeinderats nicht. Die Situation mit dem Primus-Areal wurde zwischenzeitlich geklärt. Somit ist kein Mehrverkehr mehr zu erwarten für die Zufahrt der Blumenstrasse. Trotzdem möchte der Gemeinderat an einer zukünftigen

Erschliessung der Blumenstrasse mittels einer Brücke zum Schafmattweg festhalten. Dadurch soll ein nicht vorhandenes Sicherheitsrisiko bei der Zufahrt zur Blumenstrasse gelöst werden. Tatsächlich würde damit jedoch effektiv ein solches Risiko geschaffen werden. Denn um in die Blumenstrasse einfahren zu können, müsste ein häufig genutzter Velo- sowie Fussgängerweg gekreuzt werden. Das wäre eine viel grössere Gefahrenquelle, als wenn in einer Einbahnstrasse die paar wenigen Zubringer im Schrittempo hinter einem Passanten, sofern vorhanden, fahren würden. Dazu würde es zu einem Parkplatzabbau kommen, ausgerechnet in einer Zone, in welcher diese stark ausgelastet sind. Ausserdem würde es einen massiven Eingriff in die vorhandene Landschaft bedeuten inkl. dem besonders bei Hundebesitzern beliebten Spazierweg entlang des Birsigs. Aus Sicht der SVP ist dieser geplante Brückenbau nicht nur unpassend, sondern auch sehr teuer. Die Fraktion ist überzeugt, dass der Brückenbau teurer ist als die anderen Optionen. Das Gutachten steht der Brückenoption auch eher kritisch gegenüber. Es stellt sich die Frage, weshalb der Gemeinderat trotz all der aufgezählten negativen Punkte und trotz des Gutachtens an dieser Lösung festhalten möchte. Die SVP fordert als Folge dessen, dass der Gemeinderat erneut prüft und berichtet, welche anderen Optionen, z.B. die Erschliessung via Bottmingerstrasse, Verschiebung der Tramhaltestelle und Beibehaltung des Status Quo, und notwendigen Anpassungen er gerne ausführen möchte und wieso. Mit diesem Auftrag empfiehlt die SVP, das Postulat nicht abzuschreiben.

Gemeinderätin Caroline Rietschi, SP dankt für die Rückmeldungen. Ihrer Ansicht nach liegt ein Gutachten vor, das sämtliche Varianten auslotet und auch aufzeigt, dass es halt nicht wahnsinnig viele Möglichkeiten gibt. Von den Möglichkeiten via Bottmingerstrasse mit Landerwerb, mit Verschiebung der ganzen Gleisgeometrie etc. Die Anwesenden konnten das Gutachten lesen. Die Votantin muss nicht nochmals alles ausführen. Die Realität ist, dass das Gutachten zum Schluss kommt – und das ist der Vorteil. Es ist ein unabhängiges Gutachten. Die Gemeinde konnte nichts dazu sagen –, dass die Varianten alle entweder unrealistisch oder nicht bewilligungsfähig sind. Dass es eine glückliche Lösung ist mit der Birsigbrücke, da ist die Votantin mit den Anwesenden einig, das ist es nicht. Aber es besteht die Verpflichtung, die Blumenstrasse zu erschliessen und die Möglichkeiten, die die Gemeinde hat, sind begrenzt. Ob es jetzt im Strassennetzplan steht oder nicht, ist sekundär. Den könnte man anpassen, aber man muss trotzdem eine bessere Lösung haben. Im Gutachten hat man gesehen, die bessere Lösung liegt nicht wirklich auf dem Tisch.

Der Gemeinderat hat den Auftrag erfüllt. Er hat das geprüft, was er prüfen konnte. Man wird weiterhin schauen müssen, wie die Blumenstrasse erschlossen werden kann. Wenn jemand gute Beziehungen zur Migros hat, dass man dort durchfahren könnte, dann wäre der Gemeinderat offen. Die Migros hat dies mehrfach abgelehnt. Das wäre die einfachste Lösung. Es konnte immerhin erreicht werden, dass das Primus-Areal über die Gorenmattstrasse erschlossen wird und dieser Verkehr daher wegfällt. Dass die Erschliessung über den Birsig auf den Schafmattweg nicht optimal ist, das sieht die Rednerin auch. Immerhin ist die Blumenstrasse eine kleine, kurze Strasse. Man hat dort nicht 100 Fahrzeuge in der Stunde. Es wäre ein geringes Verkehrsaufkommen, das von der Blumenstrasse in den Schafmattweg kommen würde. Aber wie gesagt: Die Prüfung wurde vorgenommen. Der Gemeinderat wird die nächsten Schritte angehen müssen. Bevor man dort irgendetwas bauen wird, kommt sowieso ein Kredit in den Einwohnerrat. Vielleicht gibt es bis dahin eine Lösung, die man heute noch nicht sieht. Wenn die Anwesenden Ideen haben, wie man die Migros dazu bringen könnte, die Durchfahrt zu gewähren, dann dürfen sie der zuständigen Gemeinderätin gerne eine E-Mail schreiben. Sie wäre die Erste, die sich freuen würde, wenn man dort eine andere Lösung umsetzen könnte. Sie würde den Ratsmitgliedern danken, wenn man das Postulat abschreiben und in der Arbeit weitergehen könnte.

Marc Schinzel, FDP spürt eine gewisse Offenheit. Die Haltung der FDP ist nicht zu sagen, das Verkehrsgutachten sei ganz schlecht. Es hat eine breite Auslegeordnung geschaffen. Man hat viel geprüft, das findet seine Fraktion sehr begrüssenswert. Man muss aber auch beim Fazit sagen, dass das Verkehrsgutachten nicht so klar ist. Darauf hat auch der Sprecher der SVP hingewiesen. Es heisst dort: «In Anbetracht aber, dass der Schafmattweg Teil der kantonalen Radroute ist und für viele Schulkinder der Schulweg dort lang führt, wird mit dem neuen Anschluss ein zusätzlicher Konfliktpunkt geschaffen, vor allem

beim Zweirichtungsbetrieb.» Auch das ist noch offen. Zweirichtungsbetrieb? Der Schafmattweg ist Einweg. Beim Primus-Areal ist die FDP sehr dankbar, hat aber den Eindruck, dass es ein Wechselspiel war. Der Einwohnerrat hat seine Wünsche geäußert und gesagt, da muss nochmals hingeschaut werden. Das wurde dann auch gemacht und es wurde eine gute Lösung gefunden. Eine viel Bessere, als zuerst angedacht war. Das «nicht bewilligungsfähig» ist einfach eine Aussage der BLT. Der Redner ermutigt den Gemeinderat, dem Ganzen nochmals nachzugehen. Aus seiner Sicht kann nicht einfach eine Lösung gutgeheissen werden, bei der alle spüren, dass sie nicht gut ist. Das hat auch das Votum von Beatrice Büschlen gezeigt. Er ist froh, dass man offen denkt. Die Migros wurde genannt. Nochmals offen an das Ganze heranzugehen und nach Lösungen suchen. Der Votant findet, man sollte sich nicht mit dem Einfachsten zufriedengeben, weil es jetzt in diesem Strassennetzplan drinsteht. Das wäre falsch, denn es gibt dort unten Risiken. Risiken für die Velofahrenden, Risiken für die Kindergärtner und Schüler, die dort entlanggehen. Es ist ein Hotspot der Binninger Schulen. Das muss man sehen.

ABSTIMMUNG

Abschreibung Postulat: 22 JA / 6 NEIN / 5 Enthaltungen (Abstimmung 16)

BESCHLUSS

://: 1. Der Einwohnerrat nimmt Kenntnis vom Verkehrsgutachten Erschliessung Blumenstrasse.

://: 2. Das Postulat wird als erledigt abgeschrieben.

Traktandum 6

Gesch. Nr. 173

Postulat B. Strondl, SP: Neue Quartiertreffpunkte in Binningen

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Brigitte Strondl, SP äussert, die SP danke dem Gemeinderat, dass er ihr Anliegen als wichtig erachtet und sich das Postulat zu neuen Quartiertreffpunkten überweisen lassen will. Die Fraktion ist überzeugt, dass neue Quartiertreffpunkte die Lebensqualität in der Gemeinde verbessern würden. Die Stadt Basel hat 16 Quartiertreffpunkte und diese werden unter Mithilfe der Bevölkerung rege genutzt. Binningen lässt sich natürlich nicht mit Basel vergleichen, aber das Ziel ist vergleichbar. Menschen sollen zusammenkommen, sich austauschen, sich kennen lernen. Bewohnerinnen und Bewohnern, die bspw. regelmässig mit ihrem Hund im Quartier Gassi gehen oder die schulpflichtige Kinder haben, fällt es leichter, Kontakte mit ihren Mitbewohnerinnen und Mitbewohnern aufzunehmen. Was machen die anderen? Das Postulat fordert nicht, dass sofort neue Quartiertreffpunkte entstehen müssen, sondern die Fraktion möchte, dass zuerst eine Abklärung stattfindet, in der sich der Gemeinderat mit den Fragen der SP beschäftigt und sie beantwortet.

Kevin Lancashire, FDP erklärt, die FDP lehne die Überweisung des Postulats entschieden ab und zwar aus zwei wesentlichen Gründen. Die Schaffung von Begegnungsorten in Quartieren ist ihrer Ansicht nach nicht die oberste Priorität und nicht Sache der Gemeinde. Das ist ein Grund. Als motivierter Steuerzahler wäre es dem Redner lieber, wenn der Gemeinderat sich auf die Infrastrukturthemen, die Grossprojekte und Bildungsthemen fokussieren würde und nicht ein Brainstorming in einem Thema

macht, wo die Eigenverantwortung der Quartierbewohnenden gefragt ist. Er ist selbst seit über 10 Jahren Bewohner des Neusatz-Quartiers, aktiv in diversen IGs und bei Quartierfesten. Diese Themen konnte das Quartier immer bestens selbst stemmen. Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Redundanz. Es gibt bereits eine Arbeitsgruppe «Binningen aktiv», die Ende März – man kann dies im Binninger Anzeiger nachlesen – unter der Führung des Gemeindeverwalters Christian Häfelfinger einen partizipativen Prozess angestossen hat mit Schülern, Senioren, um ihnen wirklich zuzuhören, was die Bedürfnisse sind. Dort war der Quartiertreffpunkt nicht an oberster Stelle, sondern z.B. fehlende Cafés oder fehlende KMUs in Binningen, die als Begegnungszonen sehr geschätzt wären.

Nina Eldridge, Mitte/GLP äussert, auch der Mitte/GLP sei das Anliegen wichtig. Jedes Jahr wächst die Anzahl an in Binningen wohnhaften Personen, doch das Angebot an Quartiertreffpunkten hat sich nicht gross mitentwickelt. Die Fraktion glaubt, dass auch kleine Massnahmen, wie z.B. an geeigneten Orten ein paar Sitzbänke aufzustellen, den Austausch in der Bevölkerung fördern können. Die Mitte/GLP wird das Postulat überweisen.

Karin Glaser, Grüne/EVP signalisiert, auch ihre Fraktion findet es einen ganz tollen Anstoss von Brigitte Strondl. Sie ist der Ansicht, dass Quartiertreffpunkte auch für Neuzuzüger wichtige Orte sind, wo sie andere Leute und das Quartier kennenlernen können. In Quartieren mit Einfamilienhäusern, wie im Neusatz, ist es noch relativ einfach. Viel organisiert sich auch über schulpflichtige Kinder. Aber in Gebieten mit vielen Wohnblöcken wird es schon schwieriger. Dort ist es gerne etwas anonym. Die Rednerin ist überzeugt, dass solche Quartiertreffpunkte das Kennenlernen fördern. Die Fraktion überweist das Postulat an den Gemeinderat und schätzt es, dass sich der Gemeinderat dieser Idee resp. Thematik annehmen will.

Charlotte Marti, SVP legt dar, die SVP lehne das Postulat ab und werde es nicht an den Gemeinderat überweisen. Der Grund ist nicht, dass die Fraktion gegen Quartiertreffpunkte ist. Nein. Sie denken aber, dass sich die vorhandenen Quartiere selbst aufstellen oder etwas für die Bevölkerung vorbereiten können, wie z.B. das Neusatz-Quartier. Das Neusatz-Quartier macht dies wirklich super und zeigt auch, was man mit den Nachbarn in Bewegung setzen kann. Es muss auch bedacht werden, dass es ganz viele Vereine in Binningen gibt. Man kann auch mit den Vereinen einen Treffpunkt machen. Es braucht nicht immer wieder Neues. Somit ist die SVP dagegen, dies so zu machen. Die Votantin spricht sich dafür aus, und das ist jetzt keine Wahlpropaganda, dass man als Einwohner auf die Quartiere zu gehen und sie fragen könnte, ob überhaupt Interesse besteht.

Gemeinderat Philippe Meerwein, SP bedankt sich für die Voten zu diesem Postulat. Die Gemeinde Binningen ist seit mehr als 60 oder 70 Jahren eine Stadt mit über 15 000 Einwohnenden. Es geht auch darum, dass man alle Quartiere ähnlich behandeln kann. Klar ist das Neusatz hier in einer Vorbildfunktion. Aber es gibt andere Quartiere, wo man Strukturen schaffen könnte. Es geht jetzt nur darum zu prüfen und zu berichten. Es geht noch nicht darum, irgendetwas gross ins Leben zu rufen. Daher bittet er die Anwesenden, das Postulat zu überweisen.

Thomas Hafner, Mitte/GLP betont, der Mitte/GLP sei es wichtig, dass geprüft und berichtet wird, wie es das Postulat vorgibt. Mehr möchten sie noch nicht. Es geht der Fraktion darum, dass aufgezeigt wird, wo es Quartiertreffpunkte gibt. Der Redner kennt Binningen ein wenig, aber er muss ehrlicherweise sagen, auf der Seite des Bruderholzes hat er keine Ahnung, was es da gibt. Er wäre gespannt auf einen Bericht, der aufzeigt, wo es was gibt. Die Fraktion fände es auch wichtig, dass die Leute selbst etwas machen. Sie reden noch nicht davon, wo später welches Angebot umgesetzt werden soll. Es geht ihnen einfach einmal um eine Aufstellung, damit sie informiert sind, was es bereits gibt.

Sven Inäbnit, FDP hofft, es sei nicht eine erste Sparmassnahme, dass es im Saal so kalt ist. Er entschuldigt sich dafür, dass er den Mantel angezogen hat und etwas exotisch hier im Saal sitzt und spricht. Er möchte nur schnell an das Votum von Thomas Hafner anschliessen. Wenn das Postulat tatsächlich

überwiesen werden sollte, was seine Fraktion nach wie vor nicht möchte, dann ist es wichtig, dass eine Bedarfsanalyse gemacht wird. Nina Eldridge hat es selbst gesagt. Man hat immer mehr Einwohner und Einwohnerinnen und eine grössere Bevölkerung, aber kein Mensch schreit nach einem solchen Quartiertreffpunkt. Mit einer guten Idee des Einwohnerrats kann man die Bedürfnisse natürlich auch wecken. Aber es wäre sicher sinnvoll, wenn man bei diesem Prüfen und Berichten abklären würde, ob eine Bedarfsanalyse vorliegt. Man hat dies ja auch bei anderen Themen gemacht, z.B. beim Vorstoss zum Ruftaxi usw. Die FDP würde interessieren, wie hoch der Anteil der Bevölkerung ist, der ein solches Angebot unbedingt realisiert sehen möchte und vielleicht sogar selbst etwas dazu beitragen würde. Denn es kann nicht sein, dass der Staat resp. das Gemeinwesen hier Betreiber solcher Quartiertreffpunkte ist. Es braucht immer eine lokale Trägerschaft aus der Bevölkerung, sonst befürchtet er, dass im nächsten Budget der Stellenetat wieder angepasst werden muss.

Christoph Daniel Maier, FDP möchte, nachdem sein Bruderholz-Quartier angesprochen wurde, auch noch seine Sicht in grundsätzlicher Hinsicht bekannt geben. Selbstverständlich lebt auch das Bruderholz-Quartier. Selbstverständlich gibt es auch dort ein Strassenfest an der Wilhelm-Denz-Strasse aus privater Initiative ohne dass die Verwaltung eingreifen musste. Gut, sie musste eine Bewilligung erteilen. Damit man die Bewilligung erhalten konnte, musste jeder ein «10er-Nötli» abgeben, um die Kosten dieser Bewilligung zu stemmen. Wenn es denn tatsächlich einen staatlichen Eingriff braucht, um diesen Privatinitiativen, die tatsächlich sogar auch auf dem Bruderholz existieren, förderlich sein zu können, wäre es allenfalls notwendig, dass man sich überlegt, ob solche Bewilligungen noch nötig sind und ob man diese nicht vielleicht auch ohne Gebühren machen könnte, um die Privatinitiative nicht noch mit einer Hürde zu versehen. Nein, der Staat hat hier gar nichts verloren. Er plädiert dafür, die Quartiere und die Begegnungen der Menschen einfach zuzulassen. Er glaubt im Übrigen, dass gerade in den Mehrfamilienhäusern Begegnungen viel einfacher möglich sind, z.B. auf dem Weg in die Waschküche, als das vielleicht bei den eher einzeln orientierten Einfamilienhäuser-Quartieren möglich ist. Dort braucht es schon etwas mehr, bevor man beim Nachbarn läuten geht. Dies einfach nur als Bemerkung. Privatinitiative fördern macht man nicht, indem man alles kartographiert, was in der Gemeinde entsteht und nachher noch gerecht verteilt, um herauszufinden, wo denn die grösste Privatinitiative ist. Nein. Hier sollen die einzelnen Bürger aufeinander zugehen. Es braucht keinen staatlichen, auch keinen Gemeindeeingriff.

Beatrice Büschlen, Grüne/EVP weist darauf hin, dass nicht jedes Quartier ein Schulhaus oder ein öffentliches Gebäude hat, das man für eine Sitzung, Besprechung, Planung oder ein Quartierfest nutzen könnte. Nicht in jedem Quartier können Strassen einfach so gesperrt werden für ein Quartierfest. Das ging lange im Holee-Quartier. Im Neusatz-Quartier geht das auch. Es gibt aber Quartiere, wo das nicht möglich ist. Eine Übersicht über Möglichkeiten oder örtliche Probleme und Einschränkungen wäre also hilfreich. Man kann auch nicht jede Wohnung für 40 oder 50 Personen öffnen, die sich vielleicht einmal treffen möchten. Hochhäuser gibt es noch nicht so viele. Ja, aber auch nicht jedes Mehrfamilienhaus hat einen Raum, in dem die ganze Strasse oder das ganze Quartier hineinkönnte. Ihre Fraktion möchte beliebt machen, dass man das Postulat überweist, um einmal eine Übersicht zu erhalten. Vielleicht kommt der Gemeinderat bei der Überprüfung sogar zum Schluss, dass es gar nicht so schlimm ist, wie sie hier ausführt, sondern eher wie es Christoph Maier meint. Die Grünen/EVP wären aber froh, wenn man es anschauen würde.

Daniel Setz, FDP hat den Eindruck, dass dies wieder ein Papiertiger für nichts und wieder nichts wird. Wie das Konzept mit den Sitzbänken, das einmal erarbeitet wurde. Nun wissen wir alle, wo die Bänke stehen. Jetzt wird es archiviert. Ein solcher Quartiertreffpunkt, ein Quartierfest lebt von der Initiative der Menschen. Wenn eine Initiative da ist, wenn Interesse besteht, findet man auch einen Raum. Aber der Raum macht nicht das Interesse. Die Verwaltung wird wieder beauftragt. Sie muss arbeiten und am Ende kommt nichts dabei raus. «Binningen aktiv» wurde angesprochen. Eine Gruppe, die sich trifft. Es sind nicht viele Einwohnerratsmitglieder dabei. Ganz wenige. Dort kann man sich engagieren. Genau solche Sachen werden dort besprochen, aber es geht um Eigeninitiative und nicht um staatliche Initiative.

Marco Giani, FDP ist ebenfalls der Meinung, dass es umgekehrt laufen sollte. Die Idee muss von der Bevölkerung, einer Gruppierung oder einem Verein kommen. Sonst schafft die Gemeinde ein Angebot, das vielleicht gar nicht den Bedürfnissen der Bevölkerung entspricht. Er ist auch der Meinung, dass, wenn es gebraucht wird, die Gemeinde dies unterstützen und fördern sollte. Aber die Idee und die Initiative müssen wie gesagt von der Bevölkerung oder einer Gruppierung kommen. Der Redner ist überzeugt, dass die Gemeinde, wenn es z.B. eine Hürde, wie die Sperrung einer Strasse, gibt, Unterstützung bieten würde. Er kann von sich sprechen. In seinem Quartier gibt es keinen Raum, wo man hingehen könnte. Aber es kann z.B. auch draussen ein Advents-Apéro durchgeführt werden oder ein Brunch oder ein Nachtessen. Gerade gestern ist er an einem Hochhaus vorbeigefahren, bei dem er gesehen hat, dass Glühwein vor dem Haus getrunken wurde um man eine gute Runde hatte. Er ist daher der Meinung, dass es dies so in dieser Form nicht braucht.

ABSTIMMUNG

Überweisung Postulat: 17 JA / 15 NEIN / 1 Enthaltung (Abstimmung 17)

BESCHLUSS

://: Das Postulat wird an den Gemeinderat überwiesen.

Präsident Roman Oberli, SVP bittet seine Fraktionskollegen und -kolleginnen an dieser Stelle, den Apéro vorzubereiten, den die SVP im Anschluss an die Sitzung sponsern wird.

Traktandum 7

Gesch. Nr. 176

Interpellation D. Zimmermann, FDP: Hängige parlamentarische Vorstösse

Einwohnerratspräsident Roman Oberli, SVP fragt die Fraktionsvertretung der FDP, ob sie von der Antwort des Gemeinderates befriedigt ist oder Diskussion wünscht.

Thomas Häfele, FDP erklärt, der Interpellant sei heute Abend zwar anwesend, aber er darf nicht mehr selbst reden, daher übernimmt er dies stellvertretend für Daniel Zimmermann. Wie in der Interpellation geschildert, ist die Situation mit den vielen hängigen parlamentarischen Vorstössen [..]

Der Präsident muss den Votanten kurz unterbrechen und fragt, ob er Diskussion wünscht oder nicht.

Thomas Häfele, FDP liest kurz § 26 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Einwohnerrats vor: «Die Interpellantin oder der Interpellant kann Stellung nehmen und hat zu erklären, ob sie oder er von der Antwort des Gemeinderates befriedigt ist oder nicht.» Abs. 4: «Eine Diskussion im Rat ist nur mit Mehrheitsbeschluss möglich.» Der Redner wünscht keine Diskussion, aber er möchte seine Stellungnahme abgeben. Wie in der Interpellation geschildert, ist die Situation mit den vielen hängigen parlamentarischen Vorstössen absolut unbefriedigend. Die Antworten im Bericht des Gemeinderats überzeugen die FDP nicht. Sie sind weiterhin der Ansicht, dass der Friedhof an hängigen parlamentarischen Vorstössen inakzeptabel ist. Die notwendige Transparenz ist aus Sicht des Einwohnerrats nicht immer gegeben. Es ist nicht nachvollziehbar, nach welchen Kriterien ein Geschäft beschleunigt vorangetrieben wird und wann es auf der langen Bank warten muss. Die Interpellation von Daniel Zimmermann fordert vom Gemeinderat zu berichten, wie er plant, die Bearbeitung der hängigen parlamentarischen Vorstösse zu beschleunigen. Leider wurde diese Forderung nicht beantwortet. Die GRPK hat am 11. November 2023 eine dringliche Interpellation eingereicht, die in eine ähnliche Richtung zielt und mehr Transparenz bei der Behandlung

von Kommissionsaufträgen fordert. Die Fraktion ist gespannt auf die Antworten des Gemeinderats auf die GRPK-Interpellation und wird sich überlegen, ob sie eine Anpassung von § 25 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Einwohnerrats verlangt oder aber eine Anpassung des Formats des Rückständeberichts, damit die demokratischen Prozesse verbessert werden können. Ansonsten nimmt die FDP die Stellungnahme des Gemeinderats zur Kenntnis und verlangt keine weitere Diskussion.

ABSTIMMUNG

Kenntnisnahme.

BESCHLUSS

://: Der Einwohnerrat nimmt die Stellungnahme des Gemeinderats zur Kenntnis.

Traktandum 8

Gesch. Nr. 183

Dringliche Interpellation GRPK: Behandlung von Kommissionsaufträgen

Präsident Roman Oberli, SVP fragt stellvertretend für die GRPK den Kommissionspräsidenten Christoph Daniel Maier, ob er von der Antwort des Gemeinderats befriedigt ist oder Diskussion wünscht.

GRPK-Präsident Christoph Daniel Maier, FDP führt aus, die Anwesenden haben die Antworten des Gemeinderats gesehen. Sie tragen seiner Ansicht nach zwar zur Klärung des Themas bei, aber sie führen noch nicht zu einer Lösung. Da es schlussendlich keine Anfrage des Redners selbst ist, sondern eine von der gesamten GRPK, möchte er die Möglichkeit geben, zu dieser Interpellation die Diskussion zu eröffnen und bittet darum, dass über diesen Antrag abgestimmt wird.

ABSTIMMUNG

Diskussion: 29 JA / 1 Enthaltung (Abstimmung 18)

BESCHLUSS

://: Diskussion wird beschlossen.

DISKUSSION

Thomas Hafner, Mitte/GLP ist froh über die vorliegenden Antworten. In der GRPK wollten es gewisse Mitglieder nicht so formell machen wie der Präsident, aber er ist sehr froh, dass man es so formell gemacht hat. Der Redner vertritt eigentlich immer die Meinung, dass man im Rat grosszügig sein sollte mit denen, die nicht gleicher Meinung sind. Für ihn persönlich wären die Anträge, die damals in der Budget- oder Rechnungsdebatte gemacht wurden, moralisch gesehen rechtens gewesen. Wenn er jetzt aber heute diesen Bericht liest, ist es für ihn eigentlich klar. Der Gemeinderat schreibt, dass er froh ist um den Bericht und das Vorgehen der Kommission. Eigentlich wollte man nicht so formalistisch sein, aber scheinbar ist das Formalistische sehr, sehr wichtig. Für den Votanten als Mitglied der GRPK ist nun klar, und das ist seine persönliche Meinung, man wird diese Übung machen müssen und jeden Antrag, der

damals geschrieben wurde, halt nochmals neu in einen rechtlichen Vorstoss umsetzen. Das ist sein Fazit aus dieser Antwort.

Christoph Daniel Maier, FDP wollte eigentlich noch anderen Mitgliedern der Kommission die Möglichkeit geben, zu diesem Thema Stellung zu nehmen, welches in der Kommission doch mit grossem Aufwand diskutiert wurde. Es ist für ihn auf der einen Seite klar, wie es Thomas Hafner bereits erwähnt hat, dass sich der Gemeinderat auf den Standpunkt stellt, dass die Kommission formaler vorgehen muss in Bezug auf die weiteren Anträge, die sie im Einzelnen zur Rechnung und zum Budget stellt. Aber auch z.B. die BPK muss sich bewusst sein, dass sie, wenn sie zusätzliche Anträge stellt, dies nur dann wirkungsvoll und in dem Sinn auch nachverfolgbar machen kann, wenn sie sich eines parlamentarischen Instruments bedient. Das ist einerseits eine gewisse Enttäuschung, da die Kommission davon ausging, dass es reicht, wenn man die richtige Bezeichnung «prüfen und berichten» wählt und dass dann verstanden wird, dass dies ein Postulat ist. Aber offensichtlich ist es halt am Schluss dennoch wichtig, dass oben «Postulat» steht, es in einem separaten Papier daherkommt und vom Präsident und einem weiteren Mitglied unterzeichnet wird.

Der Votant dachte, man habe eine andere Kultur, aber die GRPK kann sich selbstverständlich darauf einstellen. Sie wird es in den weiteren Diskussionen insbesondere in Bezug auf zurückliegende Anträge so machen müssen, dass diese alle nochmals eingereicht werden. So wird sichergestellt, dass sie im politischen Prozess nicht verloren gehen, auch wenn dies schlussendlich dazu beiträgt, dass der vorhin angesprochene Friedhof der Vorstösse mit weiteren Grabsteinen bevölkert wird. Dann weiss man aber wenigstens, dass dort einmal etwas gegangen ist und man kann es auch in der Öffentlichkeit transparenter zeigen. Zudem kann bei einer allfällig verlangten Nachverfolgung wieder darauf verwiesen werden. Bis zu einem gewissen Grad bedauert der Redner, dass man auf diesen formellen Weg einschwenken muss, auf der anderen Seite ist man offensichtlich verwaltungsorientiert und muss sich diesen Regeln schlussendlich beugen. Darauf einstellen kann sich die GRPK selbstverständlich. Das ist kein Problem.

Beatrice Büschlen, Grüne/EVP würde das Votum von Christoph Maier gerne unterstützen. Weiterhin muss man bedenken, dass während der Einwohnerratsdebatte auch einmal Anträge, je nach Geschäft zwei oder drei, miteinander kommen können. Man müssten also jedes Mal die Formulare zur Hand haben, entweder Postulat oder Motion draufschreiben, je nach Antrag, und das dann auch gleich nach vorne geben und nicht warten bis das Protokoll kommt, wo es drinsteht. Einfacher wird es nicht. Die Votantin hat die Antworten stirnrundelnd gelesen und ist nicht sehr begeistert.

Simone Abt, SP muss eine Rückfrage stellen. Vielleicht hat sie etwas falsch gemacht, aber sie fragt sich, wo die Beantwortung zu finden war. Sie ist nicht online auf der Webseite. Also wird hier über etwas gesprochen, das nicht öffentlich ist, richtig?

Präsident Roman Oberli, SVP informiert, dass die Antwort in der Cloud des Einwohnerrats zu finden ist. Zusätzlich wurde sie per E-Mail verschickt. Falls dies nicht geklappt haben sollte, kann die Votantin sicher auf die Verwaltung zugehen. Dann kann die E-Mail nochmals zugestellt werden.

ABSTIMMUNG

Kenntnisnahme.

BESCHLUSS

://: Der Einwohnerrat nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

Diversa

Einwohnerratspräsident Roman Oberli, SVP kommt nochmals auf das Thema «Wahlen» zurück. Er informiert, dass das Büro des Einwohnerrats Marco Giani, FDP, in die Spezialkommission «Immobilien-Strategie» gewählt hat. Damit kommt er zum Ende der Sitzung. Er dankt allen ganz herzlich fürs Erscheinen, wünscht bereits jetzt eine schöne Weihnachtszeit und einen guten Rutsch ins Neue Jahr. Der Präsident schliesst die Sitzung um 21.36 Uhr und darf die Anwesenden zum Apéro bitten, der von der SVP gesponsert wird.

ER-Sitzung vom 4. Dezember 2023

			Gesch. Nr. 183		Gesch. Nr. 178					
			2	3	4	5	6	7	8	9
Nr.	Name	Fraktion	Dringlichkeit Interpellation	Änderung Traktandenliste	Genehmigung der Leistungsaufträge	Genehmigung der Globalbudgets	Genehmigung der Positionen ausserhalb der Globalbudgets	Senkung Steuerfuss: um 2% (JA) vs. um 1% (NEIN)	Steuerfuss: Senkung um 1% (JA) vs. Beibehaltung 49% (NEIN)	Genehmigung Steuerfüsse gemäss Antrag der GRPK
1	Bertschi	EVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja
2	Büschen	Grüne	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja
3	Glaser A.	Grüne	Ja	Not voted	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja
4	Glaser K.	Grüne	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja
5	Glaser P.	Grüne	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja
6	Hauri S.	Grüne	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
7	Hauri U.	Grüne	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja
8	Schwarb	Grüne	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Nein	Ja
9	Sutter Rehmann	Grüne	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
10	Abt	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja
11	Bräunlich	SP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
12	Büchelin	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja
13	Lempert	SP	Enthaltung	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja
14	Müller	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja
15	Noack	SP	Not voted	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja
16	Schellenberg	SP	Enthaltung	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja
17	Strondl	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja
18	Vanoncini	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja
19	Amacker	Mitte	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
20	Eldridge	GLP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja
21	Hafner	Mitte	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
22	Heim	Mitte	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja
23	Behrends	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Enthaltung
24	Frauchiger	FDP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
25	Giani	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Enthaltung
26	Häfele	FDP	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Enthaltung	Ja	Ja	Enthaltung
27	Inäbnit S.	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Enthaltung
28	Lancashire	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Nein	Ja
29	Maier	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja
30	Schinz	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Enthaltung
31	Schori	FDP	Ja	Ja	Ja	Not voted	Ja	Enthaltung	Nein	Enthaltung
32	Setz	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Enthaltung	Enthaltung
33	Treuthardt	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Ja	Enthaltung
34	Marti	SVP	Ja	Not voted	Nein	Enthaltung	Enthaltung	Ja	Ja	Enthaltung
35	Oberli	SVP	Ja	Ja	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja	Nein
36	Schmid Fabini	SVP	Ja	Ja	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja	Nein
37	Siegel	SVP	Ja	Ja	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja	Nein
38	Steffen	SVP	Ja	Ja	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja	Not voted
39	Widmer	SVP	Ja	Ja	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja	Nein
40		SVP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted

TOTAL

Ja	31	32	28	26	27	8	13	20
Nein	0	0	6	5	5	21	20	4
Enthaltungen	2	0	0	2	2	5	1	9
	33	32	34	33	34	34	34	33

ER-Sitzung vom 4. Dezember 2023

			Gesch. Nr. 178					Gesch. Nr. 51	Gesch. Nr. 173	Gesch. Nr. 183	
			10	11	12	13	14	15	16	17	18
Nr.	Name	Fraktion	Feuerwehr- Ersatzabgabe 3 Promille	Genehmigung Budget der Erfolgsrechnung 2024	Direktbeschlüsse	Investitionsbudget: Antrag GRPK (JA) vs. Antrag GR (NEIN)	Genehmigung des Stellenetats für 2024	Klarstellung in Mehrjahresvergleichen: Einnahmen im Budget um 1.5 Mio. CHF zu hoch	Abschreibung Postulat	Überweisung Postulat	Diskussion
1	Bertschi	EVP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
2	Büschen	Grüne	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Ja	Ja
3	Glaser A.	Grüne	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Enthaltung
4	Glaser K.	Grüne	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Ja	Ja
5	Glaser P.	Grüne	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
6	Hauri S.	Grüne	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
7	Hauri U.	Grüne	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Ja	Ja
8	Schwarb	Grüne	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
9	Sutter Rehmann	Grüne	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
10	Abt	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
11	Bräunlich	SP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
12	Büchelin	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
13	Lempert	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
14	Müller	SP	Not voted	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Ja	Ja
15	Noack	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
16	Schellenberg	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Ja
17	Strondl	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
18	Vanoncini	SP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Enthaltung	Ja	Ja
19	Amacker	Mitte	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
20	Eldridge	GLP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
21	Hafner	Mitte	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
22	Heim	Mitte	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
23	Behrends	FDP	Ja	Enthaltung	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja
24	Frauchiger	FDP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
25	Giani	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja
26	Häfele	FDP	Ja	Enthaltung	Ja	Ja	Enthaltung	Ja	Ja	Nein	Ja
27	Inäbnit S.	FDP	Ja	Enthaltung	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja
28	Lancashire	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja
29	Maier	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja
30	Schinzler	FDP	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja
31	Schori	FDP	Ja	Ja	Enthaltung	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja
32	Setz	FDP	Ja	Enthaltung	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja
33	Treuthardt	FDP	Ja	Enthaltung	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja
34	Marti	SVP	Ja	Enthaltung	Enthaltung	Enthaltung	Enthaltung	Enthaltung	Nein	Nein	Not voted
35	Oberli	SVP	Ja	Nein	Nein	Enthaltung	Nein	Ja	Nein	Nein	Ja
36	Schmid Fabini	SVP	Ja	Nein	Nein	Enthaltung	Nein	Ja	Nein	Nein	Not voted
37	Siegel	SVP	Ja	Nein	Nein	Enthaltung	Nein	Ja	Nein	Nein	Ja
38	Steffen	SVP	Ja	Nein	Nein	Enthaltung	Nein	Ja	Nein	Nein	Not voted
39	Widmer	SVP	Ja	Nein	Nein	Enthaltung	Nein	Ja	Not voted	Not voted	Not voted
40		SVP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted

TOTAL

Ja	33	23	26	28	27	33	22	17	29
Nein	0	5	6	0	5	0	6	15	0
Enthaltungen	0	6	2	6	2	1	5	1	1
	33	34	34	34	34	34	33	33	30